

SP SCHWEIZ GESCHÄFTSBERICHT 2020-2021

Verabschiedet vom Parteirat am 24. Juni 2022
zuhanden des Parteitags vom 29./30. Oktober
2022 in Basel



INHALTSVERZEICHNIS

Präsidium, Geschäftsleitung, Delegiertenversammlungen und Parteitage	3
Bericht der SP-Fraktion in den eidgenössischen Räten.....	7
JUSO Schweiz	10
SP Frauen.....	13
SP60+	16
SP Migrant:innen.....	23
Fachkommission soziale Sicherheit und Gesundheit.....	26
Fachkommission Verkehr und Kommunikation.....	28
Fachkommission Umwelt, Energie und Raumplanung	30
Fachkommission Wissenschaft, Bildung, Kultur.....	34
Fachkommission für Migration und Integration	35
Fachkommission für Netz- und Datenpolitik.....	36
Fachkommission für Staat und Recht.....	37
Fachkommission für sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität	38
Fachkommission Wirtschaft und Finanzen	39
Fachkommission Landwirtschaft	40
Fachkommission für Aussenpolitik.....	41
Fachkommission für Frieden und Sicherheit.....	42
AG Wirtschaftsdemokratie	43
Parteiinterne Bildung.....	45
Mitgliederentwicklung	46

PRÄSIDIUM, GESCHÄFTSLEITUNG, DELEGIERTENVER-SAMMLUNGEN UND PARTEITAGE

Präsidium

Das Präsidium ist das operative Führungsorgan. Es trifft sich alle 14 Tage und ist zuständig für die Umsetzung der Politik der SP Schweiz und für die Aktualität in Bundesbern und darüber hinaus. Die Sitzungen fanden in der Regel am Theaterplatz auf dem Sekretariat der SP Schweiz statt. Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie im März 2020 wurden jedoch die Präsidiumssitzungen wie auch viele andere Treffen in den virtuellen Raum verlagert, Videocalls gehörten per sofort zur Tagesroutine. Gemeinsame Mittagessen und überhaupt der persönliche Austausch wurden stark reduziert, während die Intensität der politischen Arbeit durch die Pandemiesituation und die damit einhergehenden sozialen und gesellschaftlichen Verwerfungen weiter zunahm.

Im Berichtszeitraum gab es verschiedene personelle Wechsel. Im November 2019 hatte Christian Levrat bekannt gegeben, nach 12 Jahren Präsidium im Frühling 2020 zurückzutreten. Um seine Nachfolge bewarben sich zwei Duos: Mattea Meyer (ZH) und Cédric Wermut (AG) sowie Priska Seiler Graf (ZH) und Mathias Reynard (VS). Weiter kandidierte Martin Schwab (BE), der sich insbesondere für die Anliegen der Klimajugend stark machte. Die Findungskommission für das Parteipräsidium wurde vom Zürcher alt Regierungsrat Markus Notter präsiert. Aufgrund der Pandemiesituation konnte die Wahl jedoch nicht wie geplant im Frühling 2020 stattfinden. Der Wahlparteitag wurde auf den Oktober verschoben. Da sich für Mathias Reynard in der Zwischenzeit die Möglichkeit bot, für den Walliser Regierungsrat zu kandidieren (in den er im Frühling 2021 erfolgreich gewählt wurde), zog sich das Duo Seiler Graf/Reynard zurück. Mattea Meyer und Cédric Wermuth wurden am Online-Parteitag im Oktober 2020 in Basel gewählt, wo auch Christian Levrat würdig verdankt und verabschiedet wurde. Neben der Neuwahl des Parteipräsidiums gab es im Berichtszeitraum 2020/2021 folgende personelle Wechsel: Ebenfalls am Parteitag vom Herbst 2020 traten Marina Carobbio, Beat Jans und Tamara Funiello (JUSO) zurück. Neu gewählt wurden Jacqueline Badran, Jon Pult und Samuel Bendahan. Der JUSO-Sitz wurde neu definitiv in den Parteistatuten verankert und mit JUSO-Präsidentin Ronja Jansen besetzt. An der Delegiertenversammlung im Mai 2021 übernahm Tom Cassee das Co-Generalsekretariat von Michael Sorg, der insgesamt acht Jahre auf dem Zentralsekretariat tätig gewesen war, zuerst als Mediensprecher und seit Frühling 2018 als Co-Generalsekretär. Auf den Parteitag im August 2021 trat Barbara Gysi nach neun Jahren im Vizepräsidium zurück und wurde durch David Roth (LU) ersetzt. Weitere Mitglieder des Präsidiums in den Jahren 2020 und 2021 waren Ada Marra (VD), Roger Nordmann (als Fraktionspräsident von Amtes wegen) sowie Rebekka Wyler (Co-Generalsekretärin).

Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung blickt auf ihren letzten Geschäftsbericht zurück, wurde sie doch per Ende Berichtszeitraum im Rahmen der Statutenrevision abgeschafft und auf Anfang 2022 durch den neuen Parteirat ersetzt. Der GL gehörten neben dem Präsidium die Präsident:innen der drei grössten Kantonalparteien (ZH, BE, VD) an. Daneben vertraten zwei weitere von der Koordinationskonferenz (KoKo) gewählte Personen die Kantonalparteien. Im Berichtszeitraum waren dies Martin Pfister (AI) und Barbara Lanthemann (VS, bis Mai 2021) sowie Alizée Rey (FR, ab Mai 2021). Die JUSO und die Organe (SP Frauen, SP 60+, SP Migrant:innen) verfügten über je

zwei Sitze, hinzu kommen drei freigewählte Mitglieder. Diese wurden im Oktober 2020 am Online-Parteitag in Basel neu gewählt, die Wahl schafften Andreas Burger (ZH), Laura Riget (TI) und Nina Schläfli (TG). Laura Riget trat Anfang 2021 wieder zurück, da sie neu als persönliche Mitarbeiterin des neuen Co-Präsidiums angestellt worden war. Für den Rest des Jahres wurde Mario Carera (BE) gewählt.

Die Geschäftsleitung tagte 2020 und 2021 je zehnmal (wobei die Sitzungen teilweise per Videokonferenz und einmal auch per Zirkularbeschluss durchgeführt wurden). Die letzte GL-Sitzung fand am 22. Dezember 2021 statt. Die Geschäftsleitung diskutierte aktuelle politische Fragen und beschäftigte sich mit der Vorbereitung der Delegiertenversammlungen und Parteitage, insbesondere mit den dort vorgelegten Positionspapieren zu verschiedenen Themen.

Delegiertenversammlungen und Parteitage

Delegiertenversammlung vom 27. Juni 2020

Die Delegiertenversammlung von Ende Juni 2020 war die erste digitale Grossveranstaltung der Partei – zahlreiche weitere sollten folgen. Nachdem der Parteitag vom April in den Oktober hatte verschoben werden müssen, sollte die DV unbedingt stattfinden, wenn auch in damals noch ungewohnter Form. Die Kolleg:innen von Seiten Eventorganisation, IT und Technik leisteten Sonderschichten, um den Ablauf im Detail vorzubereiten sowie alle nötigen Tools und Installationen rechtzeitig und in der geforderten Qualität bereitzustellen. Dafür und auch für die Weiterentwicklung der Anwendungen soll ihnen allen hier ein herzlicher Dank ausgesprochen werden!

Inhaltlich stand die DV von Ende Juni im Zeichen der Corona-Pandemie und der in diesem Zusammenhang lancierten Solidaritätskampagne der SP Schweiz. Die Delegierten beschliessen weiter, die Volksinitiative des SGB für eine 13. AHV-Rente zu unterstützen und genehmigten die Jahresrechnung 2019. Die Parolen für die Volksabstimmung vom September 2020 wurden wie folgt gefasst: Nein zur Begrenzungs-Initiative, Nein zum «Kinderabzugs-Bschiss» (Vorlage zur steuerlichen Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten, wogegen die SP das Referendum ergriffen hatte), Ja zum Vaterschaftsurlaub, Nein zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und Nein zur Änderung des Jagdgesetzes. Eine Resolution der Fachkommission Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität zur Schaffung eines neuen Organs «SP queer» wurde klar angenommen und ebnete damit den Weg für die Aufnahme der SP queer in die neuen Statuten der SP Schweiz und die für 2022 vorgesehene Gründung.

Parteitag vom 7. Oktober 2020

Der Parteitag hätte im April 2020 stattfinden sollen, wurde dann aber wegen der Corona-Pandemie in den Herbst verschoben und fand in digitaler Form und nur eintägig statt. Der Parteitag stand im Zeichen der Verabschiedung von Christian Levrat und der Neuwahl des Parteipräsidiums sowie weiterer Wechsel im Vizepräsidium (siehe oben unter «Präsidium»).

Der Parteitag verabschiedete weiter den Geschäftsbericht für die Berichtsperiode 2018/2019 und fasste die Parolen für die Abstimmungen von Ende November 2020: Ja zur Konzernverantwortungs-Initiative sowie Ja, zur Kriegsgeschäfte Initiative (Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten). Ausserdem wurde beschlossen, das Referendum gegen das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus zu unterstützen.

Delegiertenversammlung vom 13. Februar 2021

Auch diese Versammlung musste digital durchgeführt werden und stand im Zeichen der andauernden Corona-Krise. Ein Positionspapier unter dem Titel «Gesundheit schützen – Existenzen sichern» wurde diskutiert und verabschiedet. Ergänzt wurde es durch eine Resolution zum Schulbetrieb und zur Umsetzung des Rechts auf Bildung in Pandemiezeiten sowie eine Resolution zur Situation der Arbeitnehmenden in der Luftfahrt, die im Austausch mit den Gewerkschaften des Flugpersonals erarbeitet worden war. Weiter widmete sich die DV dem Thema Alterspolitik. Co-Präsidentin Mattea Meyer sprach mit alt Bundesrätin Ruth Dreifuss über aktuelle und künftige Herausforderungen in der Altersvorsorge.

Für die Abstimmungen vom 7. März 2021 wurden folgende Parolen gefasst: Nein zur «Burka-Initiative», Nein zum E-ID-Gesetz, sowie nach engagiert geführter Diskussion Nein zum Freihandels-Abkommen mit Indonesien. Letzteres war von der Fraktion befürwortet worden, konnte jedoch aufgrund von offenen Fragen zur Nachhaltigkeit und zum Schutz der Menschenrechte die Delegierten nicht überzeugen. Auch für die Juni-Abstimmungen wurden bereits die Parolen beschlossen: Ja zum CO2-Gesetz sowie Ja zur Trinkwasser- und zur Pestizidinitiative. Die DV verabschiedete weiter das Budget 2021 und setzte einen inhaltlichen Schwerpunkt zu 50 Jahre Frauenstimmrecht.

Delegiertenversammlung vom 8. Mai 2021

Eine weitere digitale Delegiertenversammlung widmete sich im Mai 2021 den Wegen aus der Corona-Pandemie und ihrer Finanzierung. Das Positionspapier «Wie unser Land solidarisch, feministisch und ökologisch aus der Krise hervorgehen kann» wurde engagiert diskutiert und verabschiedet. Weiter gedachten die Delegierten des Kriegsendes von 1945 und des Widerstandes gegen Faschismus und Antisemitismus. Grussbotschaften aus Berlin und Brüssel erinnerten an die Wichtigkeit des Europatags.

Ergänzend zu den Beschlüssen der Februar-DV wurden noch zwei weitere Parolen für die Juni-Abstimmungen gefasst: Nein zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, und Ja zum Covid-19-Gesetz, wogegen Impfgegner und Massnahmenkritikerinnen das Referendum ergriffen hatten. Für die Abstimmungen von Ende September 2021 wurden folgende Parolen gefasst: Ja zur 99%-Initiative der JUSO Schweiz sowie Ja zur «Ehe für alle».

Ein weiterer Schwerpunkt der Delegiertenversammlung war das Klimathema. Aktivist:innen des Strike for Future diskutierten mit Mitgliedern des Präsidiums der SP Schweiz. Die Jahresrechnung 2020 wurde genehmigt. Michael Sorg wurde für seine Arbeit als Mediensprecher der Partei und ab 2018 als Co-Generalsekretär verdankt und verabschiedet. An seiner Stelle wurde Tom Cassee gewählt. Da die Delegiertenversammlung mit der Statutenrevision per Ende 2021 abgeschafft wurde, handelte es sich um die letzte DV der SP Schweiz – ab 2022 finden jährlich zwei Parteitage und mindestens viermal im Jahr der neugeschaffene Parteirat statt.

Parteitag vom 28. August 2021

Dies war der erste Grossanlass seit fast zwei Jahren, der wieder vor Ort durchgeführt werden konnte. Mehrere hundert Delegierte strömten nach St. Gallen und diskutierten engagiert über die Statutenreform und zahlreiche weitere Themen. Auch dieser Parteitag stand unter dem Zeichen der Corona-Pandemie. Hochkarätige Referent:innen debattierten Fragen der internationalen Gesundheitspolitik, danach wurde das Positionspapier «Mehr soziale Sicherheit, mehr

Service Public, mehr Solidarität! Sozial- und gesundheitspolitische Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie» besprochen und verabschiedet. Die Organe und die JUSO hatten eine gemeinsame Resolution für eine sichere Altersvorsorge und gegen die bürgerlichen Abbaupläne bei der AHV eingereicht, die vom Parteitag verabschiedet wurde. Weiter beschloss der Parteitag, die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen und die Initiative gegen die Beschaffung von F-35-Kampffjets zu unterstützen. Die Delegierten beschliessen auch klar das Referendum gegen die Abschaffung der Stempelsteuer. Sie verabschiedeten Barbara Gysi und wählten neu David Roth ins Vizepräsidium der SP Schweiz.

Schwerpunkt des Parteitags bildete die grossangelegte Statutenreform unter dem Titel #SPim-AUFBRUCH. Aus Zeitgründen konnte die Statutenrevision nicht komplett behandelt werden, einzelne Elemente mussten auf den Parteitag von Anfang Februar 2022 verschoben werden, doch die Grundzüge der Reform wurden von den Delegierten klar angenommen. Die Struktur der SP Schweiz wird gleichzeitig transparenter und politisch wirksamer. Die Basis – insbesondere die 27 Kantonalparteien – werden stärker in die Formulierung und Umsetzung der Politik miteinbezogen. Ab Januar 2022 finden jährlich zwei Parteitage statt sowie mindestens vier Sitzungen des neugeschaffenen Parteirats. Dieser ersetzt sowohl die Delegiertenversammlungen wie auch die Geschäftsleitung und die Koordinationskonferenz der Kantone und besteht aus Vertreter:innen aller Kantonalparteien, der Stadtparteien der zehn grössten Städte, der Organe sowie weiterer Parteigliederungen. Neben 10 freigewählten Mitgliedern sind neu auch SGB, Solidar, Schweizerisches Arbeiterhilfswerk und Solifonds vertreten, letztere ohne Stimmrecht. Der koordinative Austausch zu aktuellen Kampagnen zwischen der SP Schweiz und den Sekretariaten der Kantonalparteien wird im informellen Rahmen weitergeführt. Per Mitte 2022 kommen weitere Elemente hinzu, so insbesondere die neu geschaffenen Foren und die Themenkommissionen, die die bisherigen Fachkommissionen ablösen und ebenfalls die Kantonalparteien stärker einbeziehen. Die Statutenrevision war erstmals im November 2021 vom Parteipräsidium skizziert worden und war in zahlreichen Vernehmlassungsrunden in allen Gremien, mit den Organen und den Kantonalparteien intensiv diskutiert worden. Es ist zu hoffen, dass die Statutenrevision wie vorgesehen die Partei als Ganzes stärkt und damit ihrerseits einen Beitrag zur erfolgreichen Parteiarbeit leistet, nicht zuletzt mit Blick auf die Wahlen 2023.

Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin SP Schweiz

BERICHT DER SP-FRAKTION IN DEN EIDGENÖSSISCHEN RÄTEN

Wie üblich konzentriert sich dieser Tätigkeitsbericht auf einige wichtige Dossiers, was die grosse Bandbreite und Vielfalt des Tätigkeitsfeldes der SP-Fraktion natürlich keineswegs widerspiegelt. Dennoch hatte diese erste Hälfte der Legislatur nichts Übliches an sich...

Die Wogen des Coronavirus

Bereits zu Beginn der Legislatur am 2. Dezember 2019 war das neue Coronavirus von der Tierwelt auf den Menschen übergegangen, irgendwo mitten in China. Nur wussten wir das noch nicht. Deshalb konnte auch nicht davon ausgegangen werden, dass wir an der Schwelle zur schlimmsten Pandemie seit der Spanischen Grippe 1918-1919 standen. Und wir hatten noch keine Ahnung von den heftigen Wellen, die drei Monate später begannen, den Planeten regelmässig heimzusuchen und zu Millionen von vorzeitigen Todesfällen auf der ganzen Welt sowie zu grossem Leiden namentlich wegen «Long Covid» und den wirtschaftlichen Turbulenzen führten. Die Pandemie hat das politische, wirtschaftliche und soziale Leben der Jahre 2020 und 2021 vollständig dominiert.

Schliessung und Wiedereröffnung des Parlaments

Während sich die Schweiz schrittweise dem ersten halben «Lockdown» näherte, wurde das Parlamentsleben mit einem praktisch leeren Bundeshaus immer surrealer. Schliesslich sprachen sich die Chefs der übrigen Parlamentsfraktionen gegen den Willen des Unterzeichnenden für die Unterbrechung der Frühlingssession 2022 der eidgenössischen Räte nach den ersten beiden Wochen aus. Aufgrund der völligen medizinischen und gesundheitlichen Unsicherheit, die in dieser Zeit vorherrschte, konnte ich den Entscheid verstehen. Dennoch war diese Kapitulation des Parlaments auf institutioneller und demokratischer Ebene verheerend. Sehr rasch zeigte sich, dass der Bundesrat dringend das Parlament benötigte, um das Notrecht und die entsprechenden Kredite zu verabschieden. In der wenig glorreichen Episode war es schliesslich der Initiative des Bundesrats zu verdanken, dass im Lauf des Aprils die Parlamentskommissionen ihre Arbeit schrittweise wieder aufnahmen, teilweise auch mittels Videokonferenzen.

Mit einer ausserordentlichen Session in der BERNEXPO, wo es möglich war, die Social-Distancing-Regeln einzuhalten, kehrten schliesslich auch die beiden Parlamentskammern an die Arbeit zurück. Vorerst behandelten sie nur Themen im Zusammenhang mit dem Coronavirus, ab Juni nahm dann das Parlament auch die ordentliche Traktandenliste wieder auf. Dennoch wurde weiterhin ein grosser Teil der Zeit den Themen rund um das Coronavirus gewidmet, und das bis im Dezember 2021.

Mehrmals musste das Parlamentsrecht dringlich geändert werden, damit das Parlament ausserhalb des Bundeshauses tagen konnte, damit die Kommissionen in Videokonferenzen tagen konnten oder auch, damit Parlamentsmitglieder im Fall einer Isolation von ausserhalb abstimmen konnten. Aktuell ist eine parlamentarische Initiative in Beratung, um dauerhafte gesetzliche Grundlagen dafür zu schaffen, dass das Parlament auch im Krisenfall funktionieren kann.

Die Handlungsschwerpunkte der SP-Fraktion bei der Bewältigung der Pandemie

Am häufigsten befasste sich die SP-Fraktion mit den sozioökonomischen Aspekten rund um die Pandemie: In erster Linie ging es darum, die Menschen vor einer dramatischen Verarmung

in Folge der gegen die Pandemie ergriffenen Massnahmen zu schützen. Aus unserer Sicht war es angebracht, die Wirtschaftsbranchen, die ihre Tätigkeiten wegen der Anti-Corona-Massnahmen reduzieren mussten, für den erlittenen Verlust vollständig zu entschädigen. Denn diese Branchen, und damit natürlich auch die dort arbeitenden Personen, mussten ein grosses Opfer bringen, um das allgemeine Interesse zu schützen. So war eine Entschädigung nichts als gerecht.

Aus diesem Grund setzten wir uns mit Nachdruck für die Stärkung und Verlängerung der Kurzarbeit, für die Kredite für Unternehmen, für den Schutz der Kultur, für die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs oder auch der schulergänzenden Betreuungsstrukturen ein.

Gelegentlich äusserten wir uns zu Gesundheitsfragen, auch wenn wir der Ansicht waren, dass es sich dabei im Allgemeinen mehr um eine Aufgabe der Exekutive handelte. Im November 2020 forderte unser neues Co-Präsidium Mattea Meyer und Cédric Wermuth zusammen mit dem Unterzeichneten verstärkte Massnahmen zum Schutz der Gesundheit angesichts der Explosion der Pandemie im Herbst 2020. Das Chaos der unkoordinierten kantonalen Massnahmen war unerträglich und ineffizient, es führte zu einer immer kritischeren Überlastung der Spitäler. Zudem forderten wir die Verlängerung der Wirtschaftsmassnahmen bis zum Ende der Pandemie. Dabei ging es nicht nur um die Akzeptanz der Gesundheitsmassnahmen, sondern auch darum, dass diese angemessen waren.

Im Weiteren versuchten wir im Herbst 2021, eine grössere Kohärenz zwischen der Politik der Gratistests, der Pflicht des Covid-Zertifikats an öffentlichen Orten und dem Zugang zur Impfung zu erreichen.

Ebenso bemühten wir uns um eine Koordination zwischen den kantonalen Verantwortlichen, die mit grossen Schwierigkeiten vor Ort konfrontiert waren. Schliesslich mussten wir die äusserst heftigen Angriffe gegen den Bundesrat und insbesondere gegen Alain Berset bekämpfen. Auch mussten wir die öffentliche Unterstützung von Bundesrat Ueli Maurer für Verschwörungskreise verurteilen.

Die Vehemenz der Verschwörungstheorien zeigte sich besonders bei den beiden Volksabstimmungen zur Änderung des dringlichen Covid-Gesetzes im Juni und Dezember 2021. Die Heftigkeit dieser Bewegungen und die Verbreitung von Fake News insbesondere gegen den Impfstoff, aber auch jener, die die Existenz der Krankheit an sich leugneten, gaben und geben zu grosser Besorgnis Anlass.

Weitere Dossiers

Von den zahlreichen weiteren Dossiers, die das Parlament beschäftigt haben, möchte ich, nicht ohne Subjektivität, einige speziell hervorheben:

- Es ist uns gelungen, eine Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose durchzubringen, damit diese nicht vor dem Rentenalter verarmen;
- Die Diskussionen rund und um die AHV verliefen besonders unerfreulich. Am Ende der Behandlung im Parlament beinhaltete die AHV-Reform eine Erhöhung des Rentenalters der Frauen mit ungenügenden Ausgleichsmassnahmen. Aus diesem Grund haben wir zusammen mit den Gewerkschaften das Referendum ergriffen;
- Annahme des CO₂-Gesetzes: Nach einer langen Parlamentsdebatte mit vielen Wendungen konnten wir ein relativ gutes CO₂-Gesetz annehmen, das leider nach einer extrem

demagogischen Kampagne in der Volksabstimmung im Juni 2021 scheiterte. Das Zusammentreffen einer Covid-Abstimmung mit zwei Pflanzenschutz-Initiativen, die die bürgerlichen Kreise stark mobilisierten, half naturgemäss dem Nein-Lager stark, sich ganz knapp durchzusetzen;

- Zu erwähnen ist auch die Abstimmung über den angeblichen und verfälschten Steuerabzug für Betreuungskosten, die wir im September 2020 nach unserem Referendum gewinnen konnten. Nachdem die parlamentarische Beratung noch in der vorangehenden Legislatur erfolgt war, ebnete diese Abstimmung den Weg für eine Reihe von Referenden zu unangebrachten Steuergeschenken. Im Parlament versuchten wir erfolglos, die Revision der Stempelabgaben und jene der Verrechnungssteuer zu bekämpfen. Gegen beide musste das Referendum ergriffen werden. Bei den Stempelabgaben hat uns das Volk im Februar 2022 bereits Recht gegeben und das Projekt abgelehnt.
- Schliesslich ist noch auf ein Dossier hinzuweisen, mit dem sich das Parlament nicht direkt beschäftigen konnte: den Rahmenvertrag mit der Europäischen Union. Nachdem der Bundesrat im November 2018 mit der europäischen Kommission mehr oder weniger einen Vertragsentwurf abgeschlossen hatte, nahm er die Vorarbeiten für eine Erörterung im Parlament nicht an die Hand. Insbesondere liess er überhaupt keine Vernehmlassungsversion der unerlässlichen Umsetzungsgesetzgebung verfassen. Wegen dieser Nachlässigkeit war es nie möglich, Verhandlungen zu beginnen, die – vielleicht – zur Überwindung der Hindernisse (Arbeitsmarkt, Unionsbürgerrichtlinie und staatliche Beihilfen) geführt hätten. Nach über drei Jahren Chaos beerdigte der Bundesrat das Projekt schliesslich ohne Plan B, um unsere Beziehungen mit der Europäischen Union neu zu ordnen.

21 Volksabstimmungen

Die Fraktionsmitglieder haben sich in diesen zwei Jahren bei insgesamt 21 Volksabstimmungen stark engagiert. Da eines der Abstimmungsdaten (Juni 2020) wegen Covid gestrichen wurde, kamen pro Datum durchschnittlich drei Vorlagen zur Abstimmung.

Wechsel im Lauf der Legislatur

Dezember 2020: Sarah Wyss ersetzt Beat Jans, der in die Regierung des Kantons Basel-Stadt gewählt wurde.

Juni 2021: Emmanuel Amoos ersetzt Mathias Reynard, der in die Walliser Regierung gewählt wurde.

Roger Nordmann, Fraktionspräsident

JUSO SCHWEIZ

Jahres- und Delegiertenversammlungen

Anlässlich der JV 2020 hörten wir uns die Kandidat*innen für das (Co-)Präsidium der SP Schweiz an und unterstützten nach spannenden Diskussionen und Fragerunden das Duo Meyer-Wermuth. Über das Positionspapier zu Bodenpolitik fand eine Diskussionsrunde statt.

Die April-DV 2020 musste wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden. Die Juni-DV 2020 führte die JUSO Schweiz digital durch. Clément Borgeaud trat aus dem Vize-Zentralsekretariat zurück. Nach Kampfwahlen entschieden sich die Delegierten für Mathilde Mottet als seine Nachfolgerin. Die Delegierten verabschiedeten die Resolution «Gegen die Rückkehr zum Status-Quo: Für eine demokratische Wirtschaft», welche eine Jobgarantie forderte.

Die September-DV 2020 konnte unter strengen Schutzmassnahmen analog stattfinden. Die DV hat das Positionspapier «Gefängnissystem: Solidarität und Unterstützung statt Vergeltung» und eine Resolution mit der Forderung, die Pharmaindustrie zu verstaatlichen, verabschiedet.

Die Oktober-DV 2020 fand wiederum digital statt. Der Entscheid über das neue Grossprojekt der JUSO musste verschoben werden, trotzdem wurden einige spannende Resolutionen und Anträge diskutiert.

Die JV 2021 der JUSO Schweiz fand digital statt. Es gab eine Diskussionsrunde zum Thema «Systemrelevanz und Verteilungsgerechtigkeit in der Pandemie». Leandra Columberg wurde als Nachfolgerin von Barbara Keller in die Geschäftsleitung gewählt.

Die April-DV 2021 war wieder digital. Die JUSO Schweiz diskutierte das erste und hoffentlich letzte Positionspapier online zum Thema Landwirtschaft. Pauline Schneider trat aus der GL zurück, als ihr Nachfolger wurde Thomas Bruchez in das Vize-Präsidium gewählt.

Die Juni-DV konnte endlich wieder analog stattfinden: Die JUSO-Delegierten trafen sich in Wettingen zu einer DV im Freien. Die Delegierten konnten sich aus 13 eingereichten Projekten für das neue Grossprojekt der JUSO Schweiz entscheiden. Das Rennen machte in der 4. Abstimmungsrunde das Projekt «Make the rich pay for climate change». Es sieht vor, dass diejenigen, die am meisten von diesem zerstörerischen Wirtschaftssystem profitieren, endlich zur Kasse gebeten werden. Aus der GL wurde Simon Constantin verabschiedet, gewählt wurde David Raccaud.

Die September-DV wurde aufgrund der intensiven 99%-Kampagne abgesagt. An der November-DV in Sissach diskutierte die JUSO Schweiz das neue Initiativprojekt, das Positionspapier «Bewegungen» und unzählige Resolutionen und Anträge. Sandro Covo verabschiedete sich aus der GL, neu ins Amt wurde Noam Schaulin gewählt.

Kampagnen

Anti-Terror-Gesetz

Nachdem wir lange dachten, es werde knapp, um genügend Unterschriften für das Referendum gegen das neue Polizeimassnahmengesetz zu sammeln, konnten wir es am 14. Januar 2021 mit einer rekordhohen Unterschriftenzahl der Bundeskanzlei übergeben. Wir planten gemeinsam mit den Jungen Grünen eine linke Kampagne. Am 13. Juni erreichten wir dank

diesem gemeinsamen Kampf einen Nein-Stimmenanteil von satten 43,4%. Damit war das menschenrechtsfeindliche Gesetz leider angenommen, nicht aber ohne Karin Keller-Sutter den Denkzettel mitzugeben, dass die Geduld mit solchen repressiven Gesetzgebungen definitiv am Ende ist.

99%-Kampagne

Die 99%-Initiative wurde in der Herbstsession 2020 vom Nationalrat behandelt (und abgelehnt). Zu diesem Anlass hat die JUSO Schweiz eine Aktion (die Demonstration des reichsten 1%) durchgeführt.

Die Abstimmungskampagne für die 99%-Initiative («Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern») war zweifellos das grösste Projekt der JUSO Schweiz im Jahr 2021. Sie war der Höhepunkt eines Prozesses, der bereits im Jahr 2016 startete. Getragen wurde die Kampagne von einem tollen Kampagnenteam, der Geschäftsleitung, den Sektionen und unzähligen Aktivist*innen. Mit der Initiative forderten wir mehr Gerechtigkeit, einen starken Service public und die Entlastung der Lohnbesteuerung, weniger Krisen auf dem Buckel der 99%, einen Schritt in eine feministische Zukunft und die Stärkung der Demokratie.

Den Start des sozialistischen Kampagnensommers 2021 machte der 99%-Hub in Ligerz. Viele JUSO-Aktivist*innen trafen sich Ende Juni für eine Woche, um Aktionen und Kampagnenelemente für die Abstimmungsphase zu brainstormen. Offiziell wurde die Kampagne im Juni mit einer Pressekonferenz und dem Slogan «Geld arbeitet nicht - du schon!» lanciert.

Im Sommer wurden verschiedenste Aktionen organisiert: Eine Transpi-Aktion in Graubünden vor Martullo-Blochers Firma Ems Chemie, eine Gerüstaktion in Zusammenarbeit mit der Unia in Zug, dem Kanton mit dem tiefsten Steuersatz, und zuletzt eine Boot-Demonstration in Nyon, wo Aktivist*innen mit Schlauchbooten zu Ernesto Bertarellis Haus paddelten. Dazwischen gab es in den Sektionen viele grössere und kleinere Aktionen. Gleichzeitig machten wir eine Online-Kampagne mit dem cosmos99 und auf Social Media und produzierten bzw. versandten eine Vielzahl von Merch-Artikeln.

Abgestimmt wurde am 26. September 2021. Die Initiative wurde von rund 1 Million Menschen angenommen, exakt von 35.12%. Angenommen wurde sie von den Städten Biel, Bern, Lausanne, Basel, Zürich. Ohne das Engagement der hunderten von JUSO-Aktivist*innen wäre dies nie möglich gewesen!

Bildung

Osterlager & Sommerlager

Die Osterlager im Jahr 2020 und 2021 fanden online statt. Trotzdem nahmen rund 100 Menschen an den «Wieso sind wir Sozialist*innen»-Workshops teil und diskutierten fleissig die verschiedensten Theorien unserer Vordenker*innen. Im Sommer 2020 waren dezentrale Sommerlager möglich, worauf sich die JUSO-Sektionen zu vier verschiedenen Lagern zusammenschlossen. Sie boten die Möglichkeit, intensive politische Bildung zu betreiben und viele spannende Diskussionen zu linken Theorien zu führen. Im Sommer 2021 verwandelte sich Chandolin im Wallis wieder zu einem linken Dorf. Rund 130 JUSOs kamen für das zentrale Sommerlager zusammen, genossen die Sonne und sozialistische Utopien.

Klima

Im September 2020 besetzte der Klimastreik Schweiz im Rahmen des Rise-Up den Bundeshausplatz in Bern für ganze 47 Stunden, mit dabei auch Aktivist*innen der JUSO. Ursprünglich war für das Jahr 2020 ausserdem eine Klimakampagne geplant, die auf das Jahr 2021 verschoben wurde. Das Ziel war, die Demokratisierung der Wirtschaft als einzige Massnahme zur Lösung der Klimakrise zu etablieren. 2021 stand das RiseUp im Zeichen der schädlichen Investitionen von Banken in fossile Energien, worauf im August 2021 der Paradeplatz in Zürich besetzt wurde. Mit der Ausarbeitung des neuen Initiativprojekts, die im Oktober 2021 startete, wird das Thema Klima wieder sehr präsent in der JUSO.

Feminismus

Die AG Feminismus stellte in der Woche vor dem 14. Juni 2020 ein vielfältiges Programm zur Thematik der Care-Arbeit in der Krise auf. Von Slam Poetry über Lärm machen auf den Balkonen bis hin zur Veröffentlichung eines Manifests auf care-revolution.ch war alles dabei. Im Kontext der Corona-Pandemie wurde das Ausmass der häuslichen Gewalt öffentlich breiter diskutiert. Dennoch sind die Massnahmen gegen patriarchale Gewalt und Femizide völlig unzureichend. Am 8. März 2021, dem internationalen feministischen Kampftag, machten wir mit einer Aktion auf dem Bundesplatz darauf aufmerksam. Am 14. Juni 2021 hingen in der ganzen Schweiz gesammelte Erfahrungsberichte von Menschen, die bereits sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum erlebten.

Queer/Pride

Wie jedes Jahr nahm auch 2021 der Themenblock Queer eine bedeutende Rolle in der JUSO ein. Einerseits, indem im Sommerlager wieder ein Queerer Raum und zum ersten Mal auf Initiative von Mitgliedern ein TINAQ-Raum stattfand, andererseits auch, weil im Herbst neu die AG Genderqueer gegründet wurde.

Zentralsekretariat

Im Jahr 2020 war es ruhig im Zentralsekretariat am Theaterplatz 4, da alle im Home-Office arbeiteten. Anfangs 2021 kam dann aber Leben in den 5. Stock: Zwischenzeitlich hatte die JUSO rund 17 Menschen angestellt, die mehrheitlich für 99%-Initiative arbeiteten. Es war eine aufregende, strenge, arbeitsreiche und für alle lehrreiche Zeit, diese zwei Jahre!

Geschäftsleitung JUSO Schweiz

SP FRAUEN

Gremien

Natascha Wey tritt aus beruflichen und familiären Gründen per Ende 2019 als Co-Präsidentin der SP Frauen zurück. An der Mitgliederversammlung vom 29. Februar 2020 wird **Tamara Funicello** als ihre Nachfolgerin gewählt.

Am 19. September 2020 finden die Erneuerungswahlen von Präsidium, Geschäftsleitung und Zentralsekretärin statt. Diese müssen, gemäss Reglement der SP Frauen, alle zwei Jahre durchgeführt werden. Alle amtierenden Geschäftsleitungsmitglieder **Elisabeth Clément-Arnold, Marilena Corti, Mathilde Crevoisier, Barbara Keller, Virginia Köpfl, Min Li Marti, Gisela Nyfeler** und **Rhiana Spring**, die beiden Co-Präsidentinnen **Martine Docourt** und **Tamara Funicello** und die Zentralsekretärin **Gina La Mantia** treten zur Wahl an. Wegen der Pandemie wird relativ kurzfristig beschlossen, die geplante Mitgliederversammlung zu annullieren und die Wahl brieflich durchzuführen. Alle Kandidierenden werden bestätigt.

An der Mitgliederversammlung vom 23. Oktober 2021 wird auf Antrag der Geschäftsleitung beschlossen, die Anzahl ihrer Mitglieder von acht auf zehn zu erhöhen. Es werden vier neue Mitglieder in die Geschäftsleitung gewählt: zwei als Ersatz von Min Li Marti und Gisela Nyfeler, welche zurückgetreten sind, sowie zwei für die neugeschaffenen Plätze. Gewählt werden **Elisabeth Baume-Schneider, Laurie Willommet, Nadia Kuhn** und **Julia Baumgartner**.

An der Mitgliederversammlung vom 19. Februar 2022 wird **Jessica Brandenburger** für die aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretene Elisabeth Clément-Arnold in die Geschäftsleitung gewählt.

Mitgliederversammlungen

29. Februar 2020: **Mitgliederversammlung der SP Frauen im Progr in Bern. 164 Anwesende.** Auch Telebärn ist vor Ort. Haupttraktandum der Versammlung ist die Wahl einer neuen Co-Präsidentin nach dem Rücktritt von Natascha Wey. Mit Tamara Funicello, Kaya Pawlowska und Franziska Roth treten drei sehr profilierte Frauen zur Wahl an. Weitere Themen an dieser Versammlung sind eine Resolution zur Arbeitszeitverkürzung und eine Präsentation von Gabriela Medici (SGB) zur AHV. Die Versammlung findet nur wenige Tage vor dem ersten Lockdown statt. Es müssen zahlreiche Vorkehrungen für die Sicherheit der Teilnehmenden getroffen werden.

19. September 2020: **Die für dieses Datum geplante Mitgliederversammlung wird wegen der Pandemie kurzfristig annulliert.** Die vom Reglement vorgesehenen Erneuerungswahlen finden brieflich statt. Es nehmen 19 Personen an der brieflichen Wahl teil.

21. März 2021: **Online-Mitgliederversammlung der SP Frauen im Studio des Hotel Kreuz in Bern. 130 Teilnehmende.** Die Mitgliederversammlung wird eher kurz gehalten, da sie online stattfindet. Hauptthema sind die politischen Schwerpunkte der SP Frauen (Kinderbetreuung, Care-Arbeit, AHV, Sexualstrafrecht, 50 Jahre Frauenstimmrecht), mit einem besonderen Augenmerk auf die Pandemie.

23. Oktober 2021: **Mitgliederversammlung der SP Frauen in Lausanne. 80 Teilnehmende.** Schwerpunktthema der Versammlung ist die Care-Arbeit mit einem Inputreferat von Simona Isler von der "Eidgenössischen Kommission diini Mueter". Es wird eine Resolution zur Lancierung einer Kinderbetreuungsinitiative verabschiedet. Das Reglement der SP Frauen wird den neuen Statuten der SP Schweiz angepasst, der Genderstern abgeschafft und die Anzahl der Mitglieder der Geschäftsleitung von acht auf zehn erhöht. Es werden vier neue Mitglieder in die Geschäftsleitung gewählt.

Wichtig: Bei jeder Mitgliederversammlung wird ein kostenloser Kinderhütendienst angeboten.

Geschäftsleitungssitzungen

2020 wurden 11 Geschäftsleitungssitzungen und eine eintägige Retraite durchgeführt, 2021 waren es 10 Geschäftsleitungssitzungen, eine kleine und eine zweitägige Retraite. Wegen der Pandemie wurden viele der Sitzungen online durchgeführt. Das Präsidium hat sich einmal wöchentlich mit der Zentralsekretärin zu einer Online-Besprechung getroffen.

Projekt 50 Jahre Frauenstimmrecht

In Zusammenarbeit mit der SP Schweiz wurde eine Arbeitsgruppe "50 Jahre Frauenstimmrecht" ins Leben gerufen. Projektleiterin war die Zentralsekretärin der SP Frauen, Gina La Mantia. Folgende Elemente wurden in diesem Rahmen verwirklicht:

- **Lernmodul** und **Dossier** zu 50 Jahre Frauenstimmrecht. Auch wurden die Vorführrechte für den Film "Die göttliche Ordnung" eingeholt. Diese Elemente wurden den SP Sektionen für Themenanlässe und Sektionsabende zur Verfügung gestellt.
- Eine Neuauflage der historischen **Sonnenbrosche**. Die Broschen lösten eine grosse Sympathie aus. Es wurden 4'500 Stück bestellt.
- **Fest „50 Jahre Frauenstimmrecht“ am 5. Juni 2021 in Unterbäch VS**, mit zahlreichen illustren Teilnehmerinnen, und einem sehr ansprechenden Programm. Es wurde ein Erinnerungsvideo produziert.
- **Kinoabend im Bundeshaus am 17. November 2021**, Vorführung des Films "De la cuisine au Parlement", anschliessend Podium mit Gabrielle Nanchen und Tamara Funiello.
- Petition **Stimmrecht für alle** - wurde am 5. Februar 2021 (dem eigentlichen Jubiläumstag des Frauenstimmrechts) lanciert. Das Projekt wird von den SP Migrant:innen weitergeführt.

Kampagnen der SP Frauen

- Sexualstrafrecht¹
- Burka-Initiative
- AHV 21
- Kinderbetreuung, Care-Arbeit, Corona-Krise
- Volksinitiative "Für eine starke Pflege"
- Arbeitszeitreduktion

Weitere Aktivitäten

SP-Parlamentarierinnen-Treffen: Diese finden regelmässig viermal jährlich vor jeder Session statt und dienen der Vernetzung und dem Austausch zwischen SP Frauen und den Bundesparlamentarierinnen.

Teilnahme an Aktionstagen und Demonstrationen: Der 8. März, der 14. Juni und die 16 Tage gegen Gewalt sind feste Termine im Kalender der SP Frauen, für die jeweils spezielle Aktionen vorbereitet wurden. Besonders hervorzuheben ist die auch die Teilnahme der SP Frauen an der grossen nationalen AHV-Demonstration vom 18. September 2021 und an der Demo gegen Femizide vom 11. Dezember in Zürich. Für diese Demonstrationen wurde mit einem Newsletter und über die sozialen Medien mobilisiert.

Frauensession von Alliance F: Am 29. und 30. Oktober 2021 fand die Frauensession von Alliance F statt. Die SP Frauen haben mit Erfolg ihre Basis dafür mobilisiert, es wurden zahlreiche SP-Frauen aus allen Kantonen für die Frauensession gewählt. Marina Carobbio war eine der Vorsitzenden der Frauensession. Am Freitag, 29. Oktober am Abend fand zudem der **Vernetzungsanlass der SP Frauen** in Bern statt, mit Reden von Simonetta Sommaruga und den beiden Co-Präsidentinnen. Es haben über 80 Frauen teilgenommen.

Gina La Mantia, Zentralsekretärin SP Frauen Schweiz

¹ Für diese Kampagne wurde eine befristete 40% Stelle geschaffen.

SP60+

Es braucht die politische Einmischung der Alten!

Politische Schwerpunkte: Sichere Renten und eine altersgerechte Gesundheitsversorgung

Die Corona-Krise führte drastisch vor Augen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nur funktionieren kann, wenn Existenzsicherung, soziale Sicherheit und eine gut funktionierende Gesundheitsversorgung für alle gewährleistet sind.

Die Zukunft der Altersvorsorge stand zuoberst auf der Prioritätenliste, im Wissen, dass Bundesbern mit den beiden Vorlagen, «AHV 21» und «BVG-Reform», die politischen Weichen stellen würde.

Gesundheitspolitik wurde zum zweiten politischen Hauptthema erhoben, das nicht zuletzt aufgrund der Corona-Krise an Brisanz gewann.

Eine grosse Genugtuung war die Annahme der Pflegeinitiative im November 2021, für die sich die SP60+ stark gemacht hatte. Erstmals wurde eine gewerkschaftliche Volksinitiative zugunsten einer Berufsgruppe angenommen, die einen enormen systemrelevanten Einsatz an vorderster Front leisten muss, ohne genügend Wertschätzung dafür zu erfahren. Die Pandemie offenbarte einen Missstand in einem vorwiegend von Frauen ausgeübten Arbeitsumfeld mit einem seit langem erkannten Pflegenotstand und unbefriedigenden Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die sozial- und gesundheitspolitischen Positionen und Forderungen der SP60+ wurden auch in den verschiedenen Positionspapieren zur Corona-Krise der SP Schweiz mit entsprechenden Anträgen erfolgreich eingebracht. Die Vorarbeiten im Jahre 2020 zum Positionspapier der SP Schweiz «Bedürfnisse decken statt Profite machen – Herausforderungen einer alternden Gesellschaft» waren dabei nützlich. Das Papier wurde zuerst ohne die Mitwirkung der SP60+ geschrieben, was grosse Empörung auslöste. Die SP60+ hat erreicht, dass die Organe und die kantonalen Gruppen an einer Vernehmlassung teilnehmen konnten. Damit wurde eine viel bessere Fassung erarbeitet. Die Behandlung des Positionspapiers wurde von der Partei immer wieder verschoben, schliesslich aber weder an einem Parteitag noch an einer Delegiertenversammlung behandelt, sondern von der Geschäftsleitung der SP Schweiz im Januar 2021 verabschiedet.

Organisatorische Schwerpunkte: Informationszugang für ein grösseres Zielpublikum

Die SP60+ ist Teil der SP-Familie: Organisatorisch wurde deshalb gleich zum Jahresbeginn der Austausch mit dem Co-Generalsekretariat und dem Co-Parteipräsidium institutionalisiert. Die Koordination und Zusammenarbeit mit den Kommunikationsverantwortlichen, der Kampagnenabteilung und den Politischen Sekretär:innen der Partei wurde verstärkt. Für das Sekretariat der SP60+ wurde ein Pflichtenheft erarbeitet und in Kraft gesetzt. Inhalt und Format des viermal jährlich erscheinenden Newsletters wurden optimiert.

Die Strukturreform der Partei bot Gelegenheit, endlich ein altes Anliegen der SP60+ zu erfüllen: Das Ziel, künftig alle über 60-jährigen Parteimitglieder über politische Aktivitäten informieren zu

können, um sie für ein politisches Engagement zu gewinnen, wurde im Rahmen der Parteitage-Debatte zur Statutenrevision vom 28. August 2021 erreicht. Aufgrund der Zusicherungen der Parteileitung, der SP60+ künftig den Zugang zu den Mitgliederdaten der älteren Generationen zu ermöglichen, konnte der Antrag für eine automatische Mitgliedschaft zurückgezogen werden.

Erneuerung an der Spitze

• Präsidium

Im November 2020 verabschiedete die Mitgliederkonferenz Co-Präsidentin Marianne de Mestral, Gründungspionierin der SP60+ und inzwischen Ehrenpräsidentin der SP60+, und wählte Christine Goll als ihre Nachfolgerin. Der Abschied vom langjährigen Co-Präsidenten der SP60+, Carlo Lepori, bereits ein halbes Jahr später, war glücklicherweise nicht endgültig. Er bleibt der SP60+ als kantonaler Delegierter aus dem Tessin erhalten und ist weiterhin an der Produktion der italienischen Version des Newsletters beteiligt. Trotz intensiver Bemühungen konnte bis zur Mitgliederkonferenz 2021 keine Nachfolge gefunden werden – der Sitz der lateinischen Schweiz im Präsidium bleibt somit bis zur Mitgliederkonferenz 2022 vakant.

• Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung tagte 2020 elfmal, 2021 siebenmal. Alle GL-Mitglieder trafen sich Ende September 2021 mit Delegierten der kantonalen Gruppen aus der Romandie und dem Tessin zu einem Austausch in Morges. Eine Findungskommission, bestehend aus Mitgliedern der lateinischen Schweiz, konnte der GL am Jahresende zwei motivierte und engagierte Kandidaten für die Besetzung des vakanten Präsidiumssitzes vorschlagen: Die GL beantragte in der Folge ihren Delegierten die Wahl von Dominique Hausser, der auch die kantonale Gruppe im Jura aufgebaut hat, als frei gewähltes Mitglied in die GL. Zudem wurde die Nomination von Mario Carera als Vizepräsident vorgeschlagen. Diesen beiden Anträgen stimmte die DV am 17. Januar 2022 zu. Die Wahl des Vizepräsidenten liegt in der Kompetenz der Mitgliederkonferenz und wird im Juni 2022 stattfinden.

Zu den ständigen Traktanden der GL gehören die Berichte aus den drei bestehenden Arbeitsgruppen der SP60+ sowie der «Infobrief». Alle Delegierten werden nach jeder Sitzung über die wichtigsten Ergebnisse informiert. Das Instrument des «Infobriefs» wurde nach einer internen Strukturreform eingeführt: Der ehemalige Vorstand wurde durch eine zahlenmässig kleinere Geschäftsleitung ersetzt und als neues Gremium die Delegiertenversammlung (die erste DV fand am 3. Juli 2019 statt) geschaffen.

Die GL umfasst neben dem Präsidium sieben weitere Mitglieder: Marie-France Anex (GE), Heinz Gilomen (FR), seit Juni 2021 André Liechti (VD) und seit Januar 2022 Dominique Hausser (JU) sind die vier frei gewählten Mitglieder aus der DV. Die drei Arbeitsgruppen sind durch Ruth Schmid (AG), Hansjürg Rohner (AG) und Jean-Pierre-Prodolliet (ZG) vertreten.

Mitarbeit in der ESO (European Socialist Senior Organisation of Party of European Socialists)
Vertreter der SP60+ in der ESO: Carlo Lepori (bis Juni 2021), Heinz Gilomen (ab Juli 2021).

Die SP60+ ist durch ihre Beteiligung in der ESO, der Altersorganisation der Sozialdemokratischen Partei Europas (PES), auch international vernetzt. Ende November 2021 fand in Belgien die «General Assembly» sowie ein Seminar der ESO zum Thema «Ageism» statt. Die Schweiz

war durch Marianne de Mestral als Mitglied des ESO «Executive Board» vertreten. Sie wurde an dieser Generalversammlung als Vizepräsidentin wiedergewählt. Die SP60+ war zudem bis im Juni 2021 in der «General Assembly» durch Carlo Lepori vertreten, ab Juli letzten Jahres durch Heinz Gilomen.

Kantonale Gruppen

Die Stärkung der kantonalen Gruppen der SP60+ steht grundsätzlich im Vordergrund. Präsidium und einzelne GL-Mitglieder besuchen regelmässig Versammlungen kantonalen Gruppen.

Um sich einen Überblick über die Situation der kantonalen Gruppen zu verschaffen, wurde im Frühjahr 2021 eine Umfrage gestartet. Die Erhebung gibt Auskunft über die bestehenden kantonalen Gruppen sowie deren Strukturen und Verankerung in den Kantonalparteien. Erfreulich ist die Tatsache, dass im vergangenen Jahr in Neuenburg und Jura zwei neue kantonale Gruppen entstanden sind. Ausser in den Kantonen AI, GL, NW, OW, SH und UR wurden inzwischen überall Gruppen gegründet. Neun Gruppen haben ein Präsidium eingesetzt. Rund die Hälfte sind in den kantonalen Parteistatuten aufgeführt bzw. in den Gremien der Kantonalpartei vertreten.

Eine Projektgruppe ist dabei, ein Handbuch mit Anregungen für die kantonalen Gruppen zusammenzustellen, die insbesondere die kleineren Gruppen in ihren organisatorischen Aufgaben unterstützen sollen, beispielsweise mit Informationen über Kommunikationsmittel, die rechtliche Verankerung innerhalb der Kantonalparteien und Hinweisen für die Zusammenarbeit innerhalb der SP sowie mit anderen Organisationen.

Mitgliederentwicklung

Die SP60+ umfasste Ende 2021 insgesamt 2'206 Mitglieder und konnte gegenüber den Vorjahren (2'076 Mitglieder im 2019 und 2'155 Mitglieder im 2020) ein Wachstum verzeichnen, wobei dieses in der vorangehenden Berichtsperiode mit einer Zunahme von fast 20 Prozent höher war. Das Potenzial innerhalb der Partei wäre jedoch bedeutend höher, damit die SP60+ als Bewegung Wirkung entfalten kann.

Der Zugang zu den Adressen aller über 60-jährigen Parteimitglieder über die Datenbank der SP Schweiz ist seit Anfang Jahr für den Versand des Newsletters verwirklicht worden. Damit konnten gut viermal mehr Mitglieder bedient werden als bisher. Bereits eine Woche nach dem Versand an rund 8'800 Adressen im Februar 2022, konnten 285 Neueintritte verzeichnet werden.

Kommunikation

Gemäss Reglement ist die GL für die Entwicklung der Kommunikationsstrategie zuständig, das Präsidium für die Kommunikation nach aussen.

- **Newsletter**

Jährlich erscheinen vier Ausgaben des Newsletters in Französisch und Deutsch, seit dem zweiten Halbjahr 2021 auch in der italienischen Sprachversion und mit der technisch-professionellen Unterstützung durch die Kampagnenabteilung auf dem Zentralsekretariat. Inhalt und Form wurden weiter optimiert. So werden unter anderem vermehrt Inputs in Form redaktioneller Beiträge von aktiven Mitgliedern veröffentlicht. Der Newsletter ist ein wichtiges Instrument, um eine Verbindung zwischen Geschäftsleitung, Delegiertenversammlung und allen Mitgliedern aufrecht zu erhalten, über aktuelle politische Themen zu informieren und die Aktivitäten der SP60+ sichtbar zu machen. Er trägt aber auch dazu bei, Mitglieder zu mobilisieren, für Aktionen zu gewinnen und sie zu ermutigen, sich politisch zu engagieren.

- **Medienmitteilungen**

Im Dezember 2020 appellierte die SP60+ an den Bundesrat, das Sterben der älteren Menschen nicht tatenlos hinzunehmen: Kritisiert wurde insbesondere die verantwortungslose Politik der bürgerlichen Parteien in der Corona-Pandemie, welche den wirtschaftlichen Profit vor den Gesundheitsschutz der Bevölkerung stellten. In einer gemeinsamen Medienmitteilung forderten SP60+, SP Frauen, SP Migrant:innen und JUSO im August 2021: «Rauf mit den AHV-Renten!». Im Anschluss an die Herbstkonferenz im Oktober 2021 wurde in einer weiteren Mitteilung auf die Problematik von Pflege und Betreuung im Alter hingewiesen und ein schweizweites Rahmengesetz zur Finanzierung von Betreuungsleistungen gefordert, die neben der medizinischen Pflege auch Alltagsunterstützung, Beratung und Begleitung umfassen und die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen ermöglichen muss.

- **Publikationen der Partei**

Die SP60+ ist regelmässig mit Beiträgen in den Parteizeitungen «links» und «socialistes» sowie in anderen Publikationen der SP präsent.

- **Tätigkeitsbericht und Jahresbericht**

Seit der Mitgliederkonferenz 2021 wird den Mitgliedern nebst dem bisher üblichen zurückblickenden Jahresbericht jeweils ein Tätigkeitsbericht vorgelegt, der die Jahresziele, politische und organisatorische Schwerpunkte für das kommende Jahr skizziert.

Mitgliederkonferenz

Im Zentrum der coronabedingt verschobenen 8. MK vom 17. November 2020 standen die Verabschiedung von Marianne de Mestral als Co-Präsidentin und die Wahl ihrer Nachfolgerin, Christine Goll. Die neue Co-Präsidentin der SP Schweiz, Mattea Meyer, sprach über Generationensolidarität.

Die 9. MK vom 12. Juni 2021 musste als «Hybrid-Veranstaltung» durchgeführt werden: Im politischen Teil des Programms wurde über die Zukunft der Altersvorsorge debattiert: In einem Bildungsmodul zeigte Christine Goll das Funktionieren des Systems der Altersvorsorge in der Schweiz auf. Gewerkschaftsbund-Präsident und Nationalrat Pierre-Yves Maillard konnte brandaktuell aus der Sommersession über die laufende AHV-Revision berichten. Die MK stimmte im Anschluss einer Resolution mit der Forderung nach existenzsichernden Renten zu: Der Verfassungsauftrag muss endlich umgesetzt werden!

Trotz intensiven Bemühungen war es bis zur MK 2021 nicht möglich gewesen, eine Nachfolge für den scheidenden Co-Präsidenten, Carlo Lepori, zu finden. Marie-France Anex stellte im Namen der GL den Antrag, Christine Goll als Präsidentin zu wählen und den Sitz der lateinischen Schweiz im Präsidium bis zur Mitgliederkonferenz 2022 vakant zu lassen, gleichzeitig aber die Vertretung der lateinischen Schweiz in der GL auszubauen. Sie gab bekannt, dass André Liechti, kantonaler Delegierter aus der Waadt, sich als frei gewähltes Mitglied für die GL zur Verfügung stellt. Ein grosser Dank gebührt Marie-France Anex, die sich bereit erklärte, den zweiten Sitz des Präsidiums in der GL der Partei interimistisch zu übernehmen. Auf der Traktandenliste stand auch die Wahl der acht frei gewählten Delegierten. Bestätigt wurden die Bisherigen: Reto Barblan (VD), Marcel Burlet (ZH), Francine Jeanprêtre (VD), Dorothée Kipfer (LU), Susanne Leutenegger Oberholzer (BL), Katharina Macina (BL) und Rolf Zimmermann (BE). Katharina Macina trat nach jahrelangem Einsatz aus der GL aus. Ihr Engagement wurde herzlich verdankt. Die MK verabschiedete einen weiteren «Aktiven der ersten Stunde», Hansueli Baumgartner (SG), der als frei gewählter Delegierter zurücktrat. An seiner Stelle wurde neu Martin Reichlin (LU) gewählt.

Herbstkonferenz

Der Pandemie vereitelte die Durchführung des traditionellen Herbstanlasses 2020.

Die Herbstkonferenz vom 30. Oktober 2021 in Neuenburg stand im Fokus der Gesundheitspolitik: Was brauchen Menschen, die auf Pflege und Betreuung angewiesen sind und was brauchen die pflegenden und betreuenden Berufsleute wirklich? Die Pandemie hat uns deutlich aufgezeigt, wie sehr wir auf ein gut funktionierendes Gesundheitswesen angewiesen sind. Mit der Finanzierung hapert es, wenn es um genügend Personalressourcen und die Bezahlung der Pflege- und Betreuungsarbeit geht. Aber auch für gesundheitlich beeinträchtigte Menschen, wird es finanziell schwierig, beispielsweise mit der Unterscheidung von Pflege- und Betreuungsleistungen. Die zunehmende Ökonomisierung des Gesundheitswesens macht uns alle zu Verlierer:innen.

Referate von Ständerätin Marina Carobbio und Nationalrätin Barbara Gysi, ein Podium mit Fachleuten aus der Praxis und die politischen Forderungen der SP60+ standen im Zentrum. Angenommen wurde die von der Arbeitsgruppe Gesundheit erarbeitete Resolution, die ein bundeweites Rahmengesetz fordert, das die Finanzierung der Langzeitpflege und Betreuung im Alter umfassend regelt. Für die Organisation der Konferenz konnten wir auf die tatkräftige Unterstützung der neu gegründeten kantonalen Gruppe Neuenburg und der Kantonalpartei zählen. Bereichernd waren auch das spannende Eingangsreferat des Neuenburger Staatsrats, Laurent Kurth, der sich für ein gesamtschweizerisches Gesundheitsgesetz aussprach, sowie der Beitrag des Neuenburger Nationalrats Baptiste Hurni aus Sicht der Patient:innen-Organisationen.

Delegiertenversammlung

Im Jahre 2020 konnten zwei, 2021 vier Delegiertenversammlungen durchgeführt werden.

Im Juni 2020 wurde per Videokonferenz unter anderem der Resolutionstext der SP60+ zur Corona-Krise für den Parteitag der SP Schweiz bereinigt, eine Ad-hoc-Gruppe Kommunikation eingesetzt und die (verschobene) Mitgliederkonferenz vorbereitet. Im September standen die Kandidierenden für die Nachfolge von Christian Levrat für das Parteipräsidium Red und Antwort. Zudem nominierten die Delegierten Christine Goll einstimmig als Nachfolgerin von Marianne de Mestral für das Co-Präsidium.

An der DV im Januar 2021 nahmen die Delegierten im Hinblick auf die bevorstehende DV der Partei Einfluss auf die verabschiedete Resolution unter dem Titel «Keine politischen Spiele mit unserer Altersvorsorge!» und brachten erfolgreich Anträge zum Positionspapier «Gesundheit schützen – Existenzen sichern!» ein.

Im April verabschiedeten die Delegierten Anträge zu einem weiteren Positionspapier zur Finanzierung der Corona-Krise, die an der DV der Partei im Mai ebenfalls aufgenommen wurden. Zudem fanden eine erste Information und Diskussion zur geplanten Strukturreform der Partei statt.

Die Freude über die Versammlung vom 30. Juni war gross, da diese DV nach langer Zeit endlich wieder physisch in Bern abgehalten werden konnte. Gewählt wurden die 12 Delegierten der SP60+ für den Parteitag samt den Ersatzdelegierten. Die DV bestimmte zudem die frei gewählten GL-Mitglieder und bestätigte die Bisherigen, Marie-France Anex (GE) und Heinz Gilomen (FR). Mit grossem Applaus neu in die GL gewählt wurde André Liechti (VD), der in verdankenswerter Weise auch sämtliche Texte der SP60+ ins Französische übersetzt. Gewählt wurden zudem die Präsidien der drei bestehenden Arbeitsgruppen und die Delegierten entschieden über deren Mandate. Die Vorbereitung des Parteitags vom 28. August mit dem Schwerpunkt Strukturreform war ebenfalls traktandiert: Ursprünglich hatte die Parteileitung im Vorschlag für die neuen Statuten der SP Schweiz den an der MK im Juni verabschiedeten Artikel im Reglement der SP60+ übernommen und befürwortet, der lautete: «Alle Mitglieder der SP Schweiz über 60 Jahre sind Mitglied der SP60+. Ein Austritt ist jederzeit möglich.» Mit diesem Wortlaut wurde ein Antrag für einen neuen Artikel in den Parteistatuten eingereicht. Dieser konnte nach Diskussion am Parteitag und aufgrund der Zusicherung der Partei, Zugang zu allen Daten der Ü-60-Mitglieder zu erhalten, zurückgezogen werden.

Die letzte DV im November widmete sich dem Erfahrungsaustausch zwischen den kantonalen Gruppen. Der Austausch in Kleingruppen wurde von den Delegierten geschätzt, da viele Anregungen weitergegeben und Bedürfnisse für die Weiterarbeit auf kantonomer Ebene formuliert werden konnten.

Arbeitsgruppen

- **AG Sozialpolitik**

Auseinandergesetzt hat sich die AG mit der Vernehmlassung zur beruflichen Vorsorge, der Initiative für eine 13. AHV-Rente, den Überbrückungsleistungen für ältere ausgesteuerte Erwerbslose sowie mit der Studie «Alt werden ohne Familienangehörige».

Die Revisionen zu AHV und BVG waren ein konstantes Traktandum. Da die Renten heute nicht den Vorgaben der Verfassung entsprechen, hat sich die AG auch mit der damit verbundenen steigenden Altersarmut beschäftigt. Die SP hat beschlossen, den Rentenabbau mit Referenden zu bekämpfen, und die AG stützt dieses Vorgehen. Sie wurde von der GL beauftragt, Ideen für eine eigenständige Kampagne im Bereich Altersvorsorge zu entwickeln.

Hansjürg Rohner (AG) und Inge Schädler (ZH) leiten die AG als Co-Präsidium.

- **AG Gesundheit**

Die Mitgliederzahl der AG ist 2021 erfreulicherweise wieder angestiegen. Dieser Erfolg steht im Zusammenhang mit der Herbstkonferenz, die zwei hochaktuellen Gesundheitsthemen gewidmet war: Der Finanzierung von Pflege und Betreuung sowie der Situation des Pflegepersonals. Die letzte Herbstkonferenz kann als voller Erfolg gewertet werden. Die von der AG erarbeitete und verabschiedete Resolution soll nicht in einer Schublade gelagert werden. Die AG wird im Auftrag der GL und in Zusammenarbeit und mit Unterstützung der Kampagnenabteilung der SP Schweiz das Thema der Finanzierung von Betreuungsleistungen weiterentwickeln. Daraus wird voraussichtlich eine Sensibilisierung- und Informationskampagne entstehen.

Präsidentin der AG ist Ruth Schmid (AG).

- **AG Wohnen**

Die AG befasste sich mit der Situation des Wohnens im Alter. Die demografischen Prognosen des Bundesamts für Statistik gehen davon aus, dass der Anteil der über 65-Jährigen stark ansteigt und ein Mangel an geeignetem Wohnraum für weniger bemittelte Bevölkerungsgruppen zu erwarten ist. Die AG sichtete Informationen aus Fachpublikationen und führte Gespräche mit Personen von wichtigen Organisationen im Bereich Wohnen. Sie hat daraus einen Bericht über die gesamtschweizerische Situation erstellt, der den politischen Handlungsbedarf auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene aufzeigt. Die GL hat Ende 2021 beschlossen, dass der umfangreiche Bericht überarbeitet werden muss, bevor er an einer DV präsentiert und diskutiert werden kann.

Geleitet wird die AG von einem Co-Präsidium, bestehend aus Jean-Pierre Prodolliet (ZG) und Margrit Grünwald (LU), die im Juni 2021 als Nachfolgerin von Heinz Brunner gewählt wurde.

Für die SP60+ bricht eine neue Ära an: Heute erreichen wir (fast) alle älteren Mitglieder unserer Partei. Ob dies dazu beitragen wird, die SP60+ als Bewegung zu stärken, wird sich in den kommenden Monaten zeigen.

Christine Goll, Präsidentin der SP60+

SP MIGRANT:INNEN

Politische Schwerpunkte und Kampagnen

- Die SP Migrant:innen lancierten Anfang Jahr die Petition **«Armut ist kein Verbrechen!»**. Sie fordert: Wer Sozialhilfe bezieht, darf deshalb in seinem Aufenthaltsrecht und seinen Einbürgerungschancen keine Nachteile erfahren. Es muss die Armut bekämpft werden, nicht die Armen. Diese 2020 von den SP Migrant:innen lancierte Kampagne erreichte eine neue Qualität. Über 15'000 Personen unterzeichneten die Petition. Auch im Nationalrat erhöhte die SP den Druck.
- Im März lancierten die SP Migrant:innen die Kampagne **«Stimmrecht für alle»**. 50 Jahre, nachdem sich die Frauen in der Schweiz das Stimmrecht erkämpft hatten, ist es höchste Zeit, die Demokratie ein weiteres Mal zu stärken. Eine Parlamentarische Initiative unseres Präsidenten fordert, dass auf Gemeindeebene abstimmen und wählen kann, wer seit mindestens fünf Jahren in der Schweiz wohnt. U.a. in Basel-Stadt, Bern, Genf, Luzern, Waadt und Zürich unterstützten die SP Migrant:innen entsprechende kantonale Kampagnen. 13'000 Personen unterzeichneten unsere in 14 Sprachen übersetzte, von Erklär-Video und Testimonials begleitete Petition.
- Im Juni lancierten die SP Migrant:innen die Kampagne **«Prämiendiskriminierung stoppen»**. Mit einem offenen Brief an die Versicherungen protestieren wir dagegen, dass beim Abschluss einer Autoversicherung je nach Nationalität bis zu 80% höhere Prämien bezahlt, wer keinen Schweizer Pass hat.
- Ein weiterer Schwerpunkt bildete die Fortsetzung der langjährigen **Einbürgerungskampagne**. Die SP Migrant:innen traten im Herbst der überparteilich organisierten Aktion Vierviertel bei, die das Ziel verfolgt, das Grundrecht auf Einbürgerung durchzusetzen. Ferner setzten wir wieder eine Arbeitsgruppe ein, wirkten bei dezentralen Veranstaltungen mit und begleiteten Vorstösse in Ständerat und Nationalrat. Diese fordern: Wer in der Schweiz geboren ist, soll automatisch das Schweizer Bürgerrecht erhalten; zumindest soll die Einbürgerung für die zweite und für die dritte Generation stark erleichtert werden. Allerdings sind im Parlament kaum Fortschritte sichtbar. Deshalb bereitet die Aktion Vierviertel inzwischen die Lancierung einer Volksinitiative vor.
- Die SP Migrant:innen organisierten im Juni eine grosse und hochrangig besetzte Konferenz, um den **Beitrag der Diaspora** zu einer demokratischen und nachhaltigen Entwicklung der **Republik Kosovo** zu diskutieren. Die rund 700 000 kosovarischen Bürger und Bürgerinnen, die ausserhalb ihres Heimatlandes leben, haben mehr zu bieten, als ihren Angehörigen Geld zu überweisen. Auch wollen sie nicht allein Propagandafläche für Wahlkämpfe sein, sondern sowohl in der Schweiz als auch in Kosovo politisch mitreden können. Eine «Kerngruppe Kosovo» der SP Migrant:innen setzt diese wichtige, transnationale Solidaritätsarbeit fort und vertieft diese.
- Ein weiterer Schwerpunkt der transnationalen Solidaritätsarbeit betraf den Aufbau eines **Netzwerkes Afghanistan**, um die Mitglieder der SP Migrant:innen mit familiären Beziehungen zu Afghanistan untereinander zu vernetzen und deren Erwartungen und Anliegen eine politische Stimme zu verleihen. Das Netzwerk erarbeitete einen Aktionsplan,

wirkte an der Organisation einer Kundgebung mit und führte einen Workshop durch, um sich politisch weiterzubilden.

- Weitere wichtige Themen der Delegiertenkonferenzen vom Juni und November betrafen die Verabschiedung der **Jahresziele 2021/2022**, die Abstimmungskampagne «**Ehe für alle**», den unverständlichen Abbruch der Verhandlungen über **ein institutionelles Abkommen mit der EU**, ein **Vielfaltsleitbild** und eine weitere Resolution zum **Racial Profiling** und dem Empfang einer Delegation des UNO-Menschenrechtsrates in der Schweiz zum Thema Rassismus. Ferner beriet die Delegiertenkonferenz im November erste Vorschläge eines Wahlkampfkonzeptes der SP Migrant:innen mit Blick auf die **nationalen Wahlen 2023**. Diese Arbeiten werden fortgesetzt.

Organisatorische Fragen

- Die Jahreskonferenz vom 27. Februar 2021 verabschiedete **Anpassungen des Reglements**. Neu sind **20 Regionen für die Mitgliederbetreuung zuständig** und dienen als Wahlkreise zur Nominierung der Delegierten in der Delegiertenkonferenz. **Die Anzahl Delegierte ist nun von der Anzahl vertretene Mitglieder abhängig**. Zudem richtete die Jahreskonferenz **neu eine Geschäftsleitung der SP Migrant:innen Schweiz ein**; die Arbeit kann so auf mehr Schultern verteilt werden. Die Jahreskonferenz führte zudem Gesamterneuerungswahlen durch und wählte dabei all diese Neuerungen bereits vorläufig an. Sie bestätigte Nationalrat Mustafa Atici als Präsident und wählte als neue Vize-Präsidentin die Genfer Grossrätin Helena de Freitas.
- Wichtiges Ziel der Geschäftsleitung ist, **weitere kantonale Sektionen** der SP Migrant:innen aufzubauen. Die Sektionen in den Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Bern, Solothurn, St. Gallen und Zürich konsolidierten sich, in weiteren Kantonen wie Baselland, Freiburg, Genf, Luzern, Neuenburg, Schaffhausen, Thurgau, Waadt, Schwyz und Zug wird weiter am Aufbau eigenständiger Sektionen gearbeitet. Die GL unterstützt diese Aufbauarbeit durch persönliche Beratung, Präsenz vor Ort und einem Leitfaden zum Aufbau kantonalen Sektionen.
- Die Geschäftsleitung will die Mitgliederbetreuung in den 20 erwähnten Regionen weiter verbessern, das **Netz von Mitgliederbetreuer:innen** enger knüpfen und die Abläufe optimieren, damit alle neuen Mitglieder auch vor Ort persönlich willkommen geheissen werden. Ziel ist, die Qualität der Mitgliederbetreuung und der Adressverwaltung zu erhöhen und die persönlichen Beziehungen zu allen Mitgliedern zu intensivieren. Das geht nur über direkte Gespräche per Telefon oder noch besser persönliche Begegnungen.
- Die **Jahreskonferenz** vom 27. Februar 2021 fand online statt, die **Delegiertenkonferenzen** vom 19. Juni und 6. November 2021 unter Einhaltung eines strengen Schutzkonzeptes physisch. Das alte Präsidium traf sich zu Beginn des Berichtsjahrs zu zwei, die neue **Geschäftsleitung** zu weiteren sieben Sitzungen, die teils physisch, teils online stattfanden.

- Per 1. Februar 2021 übernahm Lara Can von Sonja Rüegg die Leitung des **Sekretariats**. Lara wurde in der ersten Jahreshälfte vom Praktikant Flurin Wäger, ab Herbst von der Praktikantin Michelle Schaffer unterstützt.
- Die **Vernetzung der SP Migrant:innen mit den Gremien der SP** konnte konsolidiert werden. Die SP Migrant:innen brachten sich in der Geschäftsleitung der SP Schweiz, der Koordinationskonferenz der Kantonalparteien und im Parteitag ein. Ein Schwerpunkt bildete die Strukturreform der Partei, in welcher die SP Migrant:innen um mehr Einfluss kämpften. Ferner wirkten die SP Migrant:innen in der Fachkommission Migration und Integration der SP Schweiz mit.

Präsidium: Mustafa Atici und Helena de Freitas
Projektleiterin/Sekretariat: Lara Can, lara.can@spschweiz.ch

FACHKOMMISSION SOZIALE SICHERHEIT UND GESUNDHEIT

2. Juni 2021 – Aktuelle Situation der Armut in der Schweiz und ihre Entwicklung nach der Gesundheitskrise (online)

Die Fachkommission hat sich online getroffen. Wir haben dazu Corine Hutmacher-Perret eingeladen, Leiterin des Fachbereichs Grundlagen, Recht und Beratung bei der SKOS, die uns über die Lage bei der Sozialhilfe und die Entwicklungsaussichten berichtete. Anschliessend referierte Andreas Lustenberger, Leiter Politik und Public Affairs bei CARITAS, zur Situation vor Ort und zur Beurteilung durch CARITAS.

22. März 2021 – Pflegegipfel (online)

Während der Corona-Pandemie wurde deutlich, was eigentlich schon lange klar ist: Wir brauchen eine starke Pflege, dafür reicht Applaus schon lange nicht mehr. Die SP organisierte deshalb am 22. März 2021 den „Pflegegipfel“. Fachleute aus verschiedenen Bereichen der Pflege, Vertreter:innen der Gewerkschaften und Gesundheitspolitiker:innen diskutierten gemeinsam mit über 670 Teilnehmenden die dringendsten Probleme und Möglichkeiten zu Stärkung der Pflege. Die Durchführung fand online statt. Der Pflegegipfel war für die SP auch der Start in den Abstimmungskampf zur Pflegeinitiative, die am 28. November 2021 mit 61% Ja-Stimmen angenommen wurde.

Call mit den SP-Delegationen in den Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit SGK

Im Herbst 2020, stand das Pflegesystem aufgrund der Corona-Krise bereits seit mehreren Monaten unter Druck. Das gesamte Gesundheits- und Pflegepersonal leistete einen grossen Einsatz, um die Krise zu bewältigen. Dieser Einsatz betraf nicht nur die Pflegeinfrastrukturen, sondern auch den ambulanten Bereichen. Die Arbeitsbedingungen haben sich allerdings stark verschlechtert.

19. November 2020 – Austausch mit den Vereinigungen und Organisationen des Gesundheitspersonals (online)

Die SP-Delegationen in den Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit SGK haben die Vereinigungen und Organisationen des Gesundheitspersonals zu einem Austausch eingeladen, um die Problemstellungen der einzelnen Pflegebereiche, die Erwartungen an die Politik sowie die Bedürfnisse und die langfristig zu ergreifenden Massnahmen besser zu erfassen.

26. November 2020 – Austausch mit den Organisationen der Pflegedienstleister (online)

Die SP-Delegationen der Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit SGK haben die Organisationen der Pflegedienstleister eingeladen, um die Problemstellungen der einzelnen Pflegebereiche, die Erwartungen an die Politik sowie die Bedürfnisse und die langfristig zu ergreifenden Massnahmen besser zu erfassen.

Gesundheitstagung der SP-Fraktion in den eidgenössischen Räten 2021

18. März 2022 – Medizin und Gender (Hybridformat)

Die ursprünglich für den Herbst 2021 geplante Gesundheitstagung der SP-Fraktion in den eidgenössischen Räten 2021 konnte im Frühling 2022 endlich durchgeführt werden.

An der Tagung referierte Prof. Carole Clair, MD, MSc, zu den Fragen der Definitionen und den Herausforderungen der Gendermedizin. Prof. Dr. med. Beatrice Beck Schimmer hielt einen Vortrag zur Gendermedizin in der medizinischen Ausbildung, Lehre und Forschung an der UZH.

*Präsidentin: Yvonne Feri
Politische Fachsekretärin: Anna Nuzzo*

FACHKOMMISSION VERKEHR UND KOMMUNIKATION

Die Fachkommission hat sich im Berichtszeitraum an 4 Sitzungen mit folgenden Themen befasst:

Die Sitzungen vom März und Juni 2020 mussten aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden.

Sitzung vom 14. September 2020 zum Thema «Verlagerung». Im Zentrum dieser Fachkommissionssitzung stand die Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs. Ausgangspunkt war der Verlagerungsbericht Juli 2017–Juni 2019, den der Bundesrat an seiner Sitzung vom 13. November 2019 (zusammen mit der Botschaft für eine Erhöhung und Laufzeitverlängerung des Zahlungsrahmens für die Förderung des alpenquerenden Schienengüterverkehrs) zuhanden des Parlaments verabschiedet hatte. Zudem lagen erste Erkenntnisse zu den Produktivitätseffekten bzw. zum Betrieb des Gotthard-Basistunnels, des Ceneri-Basistunnels sowie des Ausbaus der Gotthardachse zum 4-Meter-Korridor vor. Gleichzeitig hat sich die verkehrliche Situation weiterentwickelt, ebenso wie die der verlagerungsrelevanten Faktoren. Darüber hinaus sind weitere Entwicklungen absehbar, die Wirkungen auf das generelle Transportaufkommen, den Modalsplit und die Routenwahl im alpenquerenden Güterverkehr absehen lassen. Es stellte sich daher die Frage nach einem zwischenzeitlichen Review – und dieses bot uns der Infrast-Bericht «Verkehrsentwicklung im alpenquerenden Güterverkehr infolge Fertigstellung der NEAT», der an der Fachkommissionssitzung ebenfalls diskutiert wurde.

Der erste Referent Peter Füglistaler, Direktor Bundesamt für Verkehr, stellte uns den Verlagerungsbericht Juli 2017 vor. Lutz Ickert gab uns als Mitautor einen Überblick über die INFRAS-Studie. Und der Bündner SP-Nationalrat Jon Pult stellte uns als Präsident der Alpen-Initiative deren Sichtweise auf die Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs und den damit verbundenen Verlagerungsbericht sowie die INFRAS-Studie vor.

Auch die Sitzung vom Dezember 2020 wurde aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt.

Sitzung vom 9. März 2021 zum Thema «Agglomerationsprogramme». Im Zentrum dieser Fachkommissionssitzung standen die Agglomerationsprogramme. Die Agglomerationsprogramme sind ein wichtiger Pfeiler der Agglomerationspolitik des Bundes und der nachhaltigen Raumentwicklung der Schweiz. Die dritte Generation Agglomerationsprogramme wurde bis Ende 2016 beim Bund eingereicht und 2017/2018 vom Bund bewertet. Im September 2019 hat das Parlament die Bundesmittel für die dritte Generation Agglomerationsprogramme freigegeben. An der FK-Sitzung haben wir insbesondere darüber diskutiert, wie gut bzw. schlecht gewisse Agglomerationsprogramme funktionieren bzw. wieso diese in gewissen Städten/Agglomerationen besser oder eben schlechter funktionieren.

Zu Beginn hat uns Dr. Adriana Rabinovich, Responsable de la Cellule opérationnelle du Projet d'agglomération Lausanne-Morges (PALM), Etat de Vaud, das als «sehr gut» bewertete Agglomerationsprojekt Lausanne-Morges (PALM) vorgestellt. Danach gaben Dr. Maria Lezzi (Direktorin) und Dr. Ulrich Seewer (Vizedirektor und Leiter des Direktionsbereichs «Mobilität, Raum und Infrastruktur») vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) einen Überblick über die Prüfung und Bewertung der Agglomerationsprojekte, der finanzielle Stand im Agglomerationsfonds sowie die Beteiligung der Zivilgesellschaft bei den Agglomerationsprojekten. Schliesslich hat uns Dr. Paul Schneeberger, Leiter Verkehrspolitik Schweizerischer Städteverband (SSV)

und Geschäftsführer Sektion Städtekonferenz Mobilität, einen Blick in die Zukunft der Agglomerationsprogramme ermöglicht.

Die Juni-Sitzung 2021 wurde wiederum aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt.

Sitzung vom 23. September 2021 zum Thema «Cargo sous terrain». An dieser Fachkommissionssitzung haben wir sowohl über das konkrete Projekt «Cargo sous terrain» (CST) als auch über die Idee generell sowie über das damit verbundene Bundesgesetz über den unterirdischen Gütertransport gesprochen. Dabei wurde auch diskutiert, ob es im Güterverkehr wirklich eine dritte Infrastruktur für ein ganz neues System braucht, ob dies zu einer Entlastung des Personenverkehrs auf stark befahrenen Strecken beitragen kann oder auch, ob dieses Projekt überhaupt umsetzbar ist.

Das Projekt CST haben uns Klaus Juch (Gesamtprojektleiter Technik+Bau) und Patrik Aellig (Leiter Kommunikation) vorgestellt. Pierre-André Meyrat, Stv. Direktor Bundesamt für Verkehr (BAV), machte einen Input von Seiten BAV und Ueli Stückelberger, Direktor Verband öffentlicher Verkehr (VöV), äusserte sich dazu im Namen des VöV.

Sitzung vom 30. November 2021 zum Thema «Breitband». An dieser Fachkommissionssitzung stand das Thema Breitband bzw. der aktuelle Stand der Breitbanderschliessung in der Schweiz im Zentrum. Wir befassten uns zum einen mit der Breitbandstrategie des Bundes und damit verbunden auch mit dem aktuellen Stand der Standesinitiative Tessin «Gewährleistung eines landesweit dichten Hochbreitbandangebots». Zum anderen haben wir den aktuellen Stand der Technologie beleuchtet und uns dabei die Alternative «Breitband auch vom Himmel» (ViaSat Antenna Systems SA) vorstellen lassen.

Als Referent:innen durften wir René Dönni, Vizedirektor BAKOM und Leiter der Abteilung Telekomdienste und Post, Ivana Sambo (Corporate Affairs and Delegate Public Affairs & Media Region South) und Peter Ehsam (Head of Regulatory Policy) von Swisscom sowie Ferdinando Tiezzi, Business Development Director bei ViaSat Antenna Systems SA, begrüßen.

Präsident: Bruno Storni

Politische Fachsekretärin: Claudia Alpiger, claudia.alpiger@spschweiz.ch

FACHKOMMISSION UMWELT, ENERGIE UND RAUMPLANUNG

Die Fachkommission hat sich im Berichtszeitraum zu acht Sitzungen getroffen. Aufgrund der Corona-Pandemie fanden sämtliche Sitzungen online statt.

Die geplante Sitzung vom März 2020 musste aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden.

Sitzung vom 18. Juni 2020 zum Thema «Vernehmlassung zur Revision des Energiegesetzes». Schwerpunkt der Fachkommissionssitzung war die damals laufende Vernehmlassung zur Revision des Energiegesetzes hinsichtlich der Fördermassnahmen ab 2023. Es ging dabei insbesondere um die Frage, wie wir erneuerbare Energien in Zukunft fördern wollen: Mittels Einmalvergütungen (Investitionsbeiträge) oder einer Einspeisevergütung in Form einer Marktprämie?

Die Meinungsbildung zu dieser Frage wurde durch zwei Inputreferate von Seiten der BKW und der AXPO unterstützt. Dafür konnten wir jeweils die beiden CEO gewinnen: Dr. Suzanne Thoma, CEO BKW, und Urs Meister, Leiter Markets & Regulation BKW, sowie Christoph Brand, CEO AXPO, und Cornelia Staub, Leiterin strategisches Regulierungsmanagement AXPO.

Weiter informierte die politische Fachsekretärin Claudia Alpiger kurz über den aktuellen Stand des Klimapapiers, welches in einem partizipativen Prozess gemeinsam und virtuell diskutiert und weiterentwickelt werden sollte. Zudem wurde auch über die im März gestartete online-Umfrage unter den Fachkommissionsmitgliedern informiert und die Anwesenden zur Teilnahme aufgerufen.

Sitzung vom 24. September 2020 zur Thematik «rund um das Abfall-Recycling, die Kreislaufwirtschaft (Mehrweg) und die Einführung von Pfandgebühren». Im Zentrum dieser Fachkommissionssitzung stand die ganze Thematik rund um das Abfall-Recycling, die Kreislaufwirtschaft (Mehrweg) und die Einführung von Pfandgebühren. Wir diskutierten darüber, wie das Recycling-System in Zukunft aussehen soll, ob die Einführung eines Pflichtpfandes eine Lösung ist oder welche anderen Möglichkeiten bestehen, um die Abfallbewirtschaftung in Zukunft umweltfreundlicher zu gestalten und die Kreislaufwirtschaft weiterzubringen – sowohl auf nationaler als auch auf Kantons- und Gemeindeebene. Ausgangspunkte waren die Pfand-Diskussion im Rahmen der (zurückgezogenen) parlamentarischen Initiative Gmür («Einführung eines Pflichtpfandes auf Getränkedosen und Getränkeflaschen»), der Bericht zu Mehrwegsystemen im Schweizer Detailhandel von Greenpeace sowie der Entscheid der UREK-Kommission des Nationalrats, eine Subkommission zur Beratung der parlamentarischen Initiative «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» einzusetzen.

Zur Meinungsbildung konnten wir folgende Personen für Inputreferate gewinnen: Philipp Rohrer, Campaigner Greenpeace, Patrik Geisselhardt, Geschäftsführer Swiss Recycling, und Christine Wiederkehr, IG Detailhandel, Leiterin Direktion Nachhaltigkeit Migros-Gruppe.

Weiter informierten wir kurz über den virtuellen Partizipationsprozess zum Klimapapier, den aktuellen Stand des CO₂-Gesetzes sowie über die Ergebnisse der online-Umfrage unter den Fachkommissionsmitgliedern.

Sitzung vom 15. Dezember 2020 zum Thema «Negative Emissionstechnologien / CO₂-Sequestrierung». Im dieser Fachkommissionssitzung diskutierten wir, ob und wie CCS (Carbon Capture and Storage, d.h. CO₂-Abscheidung und Sequestrierung) im In- oder Ausland einen relevanten Beitrag zum Klimaschutz bzw. zur Reduktion der Schweizer CO₂-Emissionen leisten kann. Weiter stellten wir uns den Fragen, ob eine vertiefte Forschung und Förderung in diese Richtung sinnvoll ist und welche Rolle dabei Unternehmen spielen.

Zur Meinungsbildung gaben uns zunächst die beiden SP-Mitglieder Dr. Jonas Hostettler, promovierter Chemiker, «Eltern fürs Klima» und «Klimastreik Schweiz» (Climate Action Plan), und Prof. Dr. Boris Previšić, Direktor / SNF-Förderungsprofessor für Kulturwissenschaften am Urner Institut Kulturen der Alpen an der Universität Luzern, einen Überblick über die Thematik der negativen Emissionstechnologien. Danach stellte uns Dr. Sophie Wenger Hintz, BAFU, Abteilung Klima, Sektion Klimapolitik, die Sicht des BAFU vor. Schliesslich stellte uns Dr. Mischa Repmann, Dozent ETH Zürich, Senior Environmental Mgmt Specialist bei Swiss Re, die Sicht der Unternehmen auf diese Thematik vor.

An dieser Fachkommissionssitzung wurde zudem die Arbeitsgruppe «CO₂-Gesetz» zur inhaltlichen Unterstützung des Abstimmungskampfs für die Abstimmung zum totalrevidierten CO₂-Gesetz konstituiert.

Sitzung vom 16. März 2021 zum Thema «Zukunft der Gasversorgung». In dieser Fachkommissionssitzung zur Gasversorgung stellten wir uns folgenden Fragen: Welche Rolle können Biogas und synthetische Gase bei der Dekarbonisierung und in der klimaneutralen Energiezukunft spielen? Was bedeutet dies für die Verteilnetze? Braucht es das Gasnetz in der klimaneutralen Zukunft überhaupt noch? Wie hoch sind die Potenziale von Biogas und erneuerbarem synthetischem Gas, und wie können sie sinnvoll eingesetzt werden?

Zur Meinungsbildung haben wir folgende Personen für Inputreferate eingeladen: Matthias Gysler, Chefökonom BFE und Stv. Leiter Abteilung Energiewirtschaft, Daniela Decurtins, Direktorin Verband der Schweizerischen Gasindustrie VSG, und Elmar Grosse Ruse, Projektleiter Klima und Energie beim WWF Schweiz.

Zudem informierten wir kurz über den aktuellen Stand der Kampagne zum Referendum zum CO₂-Gesetz und stellten die ersten Ergebnisse der Arbeitsgruppe vor, die an der letzten Fachkommissionssitzung zur inhaltlichen Unterstützung des Abstimmungskampfs konstituiert wurde.

Sitzung vom 15. Juni 2021 zum Thema «Strategien zur Dekarbonisierung». In dieser Fachkommissionssitzung standen die verschiedenen Strategien zur Dekarbonisierung im Zentrum. Dies auch vor dem Hintergrund, dass das CO₂-Gesetz am vorhergehenden Wochenende zur Abstimmung stand (und dann leider abgelehnt wurde). Wir diskutierten über das Potenzial verschiedener «Strategien» zur Dekarbonisierung (vor allem auch bezüglich deren Umsetzung/Regulierung), zeigten auf, auf welche Strategien/Technologien andere politische Akteur:innen setzen und bildeten uns eine Meinung. Denn bei gewissen Aspekten bestehen innerhalb der Partei bzw. auch generell in der Wissenschaft unterschiedliche Haltungen. Es geht dabei zum Beispiel um die Winterstromlücke, PV-Freiflächenanlagen, die Wasserstofftechnologie oder den Stromimport (vs. Energieautarkie der Schweiz).

Zu dieser Thematik gab es zwei Referate von externen Personen sowie eine politische Einschätzung von Dr. Rudolf Rechsteiner, ehem. Nationalrat SP, Ökonom und Dozent, zu den

Themen erneuerbare Energie, Transformation der Energiesysteme und Nachhaltigkeit. Über die das Potenzial und Umsetzungsmöglichkeit der verschiedenen Strategien referierte Prof. Dr. Tobias Schmidt, Professor für Energie- und Technologiepolitik ETH Zürich. Zur Positionierung der politischen Akteur:innen hinsichtlich der unterschiedlichen Dekarbonisierungsstrategien informierte uns sodann Prof. Dr. Karin Ingold, Lehrstuhl für Policy Analysis and Environmental Governance, Institut für Politikwissenschaft Universität Bern und Eawag.

Weiter informierten wir an dieser Sitzung über die geplante Statutenänderung der SP Schweiz und was diese für die Fachkommissionen bedeutet.

a.o. Sitzung vom 28. Juni 2021 zum Nein zum CO₂-Gesetz. Aufgrund der Ablehnung des CO₂-Gesetzes am 13. Juni 2021 hat Ende Juni eine ausserordentliche Fachkommissionssitzung stattgefunden. Dabei wurde auf das negative Abstimmungsergebnis zurückgeblickt und darüber diskutiert, woran das Nein zum CO₂-Gesetz gelegen hat. Dabei wurde auch über die SP-Kampagne zum CO₂-Gesetz diskutiert. Weiter wurde über die zukünftige Klimapolitik der SP diskutiert. Schliesslich stand auch die Zukunft der Fachkommission sowie der Arbeitsgruppe «CO₂-Gesetz» – im Zusammenhang mit Statutenrevision – zum Thema.

Sitzung vom 28. September 2021 zum Thema «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» (kurz «Mantelerlass EnG / StromVG»). Mit der Vorlage, die eine Revision des Energie- und des Stromversorgungsgesetzes beinhaltet, will der Bundesrat den Ausbau der einheimischen erneuerbaren Energien sowie die Versorgungssicherheit der Schweiz stärken, insbesondere auch für den Winter. Es geht dabei vor allem um Massnahmen, um die inländische Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien rasch und konsequent auszubauen sowie die Netz- und Stromversorgungssicherheit zu stärken. Neu soll es verbindliche Zielwerte für den Ausbau der erneuerbaren Energie sowie für den Energie- und Elektrizitätsverbrauch geben, die Förderinstrumente für die erneuerbare Stromproduktion werden verlängert und der Zubau der Stromversorgung im Winter soll vorangetrieben werden («Winterzuschlag»). Zudem soll mit diesem Mantelerlass aber auch der Strommarkt vollständig geöffnet werden – wozu sich die SP bereits 2018 in Form einer Resolution kritisch geäussert hat.

Für die Inputreferate konnten wir folgende Personen gewinnen: Matthias Gysler, Leiter Sektion Marktregulierung und Stv. Leiter Abteilung Energiewirtschaft, und Frank Rutschmann, Leiter Sektion Erneuerbare Energien, vom Bundesamt für Energie (BFE) sowie Nadine Brauchli, Bereichsleiterin Energie Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE). In diesem Zusammenhang hat uns als letzter Referent alt SP-Nationalrat Ruedi Rechsteiner die Gründe für den stockenden Ausbau der Photovoltaik in der Schweiz dargelegt.

Zudem informierten wir kurz über den aktuellen Stand der Umsetzung der Statutenrevision der SP Schweiz sowie über die bisherigen Arbeiten der informellen Arbeitsgruppe «Klima und Energie», welche als Nachfolge der Arbeitsgruppe «CO₂-Gesetz» gegründet wurde und von den Fachkommissionsmitgliedern Martin Reichlin und Leo Keller geleitet wird.

Sitzung vom 14. Dezember 2021 zum Thema «Spannungsfeld «Umwelt-, Landschafts- und Biodiversitätsschutz vs. Ausbau erneuerbare Energien (EE)». In dieser Fachkommissionssitzung befassten wir uns mit dem Ausbau erneuerbare Energien (EE) und wie dieser in Konkurrenz zum Umwelt-, Landschafts- und Biodiversitätsschutz steht. Dazu wollten wir zum einen von der Branche wissen, wo und wie sie den Ausbau von EE (Wasserkraft, PV,

Windenergie, Geothermie) vorantreiben wollen. Zum anderen wollten wir von den Umweltverbänden hören, wo sie diesbezüglich Probleme bzw. Konfliktpotenzial sehen.

Von Seiten Branche konnten wir Gianni Operto, Präsident aee suisse (Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz), für ein Inputreferat gewinnen. Für die Umweltverbände gaben uns Stella Jegher, Abteilungsleiterin Politik und Internationales bei Pro Natura, sowie Raimund Rodewald, Geschäftsleiter Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL), einen Input.

Zudem informierten Martin Reichlin und Leo Keller erneut über den aktuellen Stand der Arbeiten der Arbeitsgruppe «Klima und Energie».

Wir danken allen Fachkommissionsmitgliedern für die engagierten Diskussionen, für das weitergegebene Fachwissen und die Unterstützung der Fraktion in Umwelt- und Energiethemen.

Präsidentin: Gabriela Suter
Politische Fachsekretärin: Claudia Alpiger, claudia.alpiger@spschweiz.ch

FACHKOMMISSION WISSENSCHAFT, BILDUNG, KULTUR

20. April 2021 – Mehr Chancengleichheit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung der Erwachsenen (online)

Die Fachkommission hat sich online getroffen. Wir haben dazu Ursina Bernhard, Leiterin des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks SAH Bern, Yves Ecoeur, Leiter des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks SAH Waadt, Remy Hübschi, Vizedirektor des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation SBFI und Leiter der Aus- und Weiterbildung, sowie Bruno Weber, Mitglied der Geschäftsleitung und Leiter Bildungspolitik bei Travail.Suisse, eingeladen.

Zu folgenden Fragen haben wir uns ausgetauscht:

- Finanzierung der Berufsberatung nach 2024, und wie kann die Berufsberatung wenig qualifizierten Personen zugänglicher gemacht werden?
- Der zusätzliche Erwerb von Grundkompetenzen – was geschieht anschliessend mit diesen Qualifikationen?
- Finanzierung der Lebenshaltungskosten von Personen, die eine berufliche Nachholbildung oder Weiterbildung absolvieren.
- Förderung der Validierung von Bildungsabschlüssen als Integrationsinstrument auf dem Arbeitsmarkt (siehe auch Postulat 21.3235).

Call mit den SP-Delegationen in den Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur WBK

17. Dezember 2020 – Koordination mit den kantonalen Sektionen für Kulturhilfen (online)

Die SP-Delegationen in den Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur WBK haben die Präsident:innen der kantonalen Sektionen eingeladen, um die Vorschläge zu koordinieren, die kantonalen Bedürfnisse zu erfassen und zu sehen, was bereits unternommen wurde und was noch getan werden muss, sowohl auf eidgenössischer als auch auf kantonaler Ebene.

31. März 2021 – Runder Tisch zur Berufsbildung (online)

Im Frühling 2021 waren die Zukunftsaussichten für Lernende mit der Corona-Krise unsicher geworden, insbesondere in den Branchen, die gezwungen waren, ihre Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen zu reduzieren. In diesem Umfeld mussten die Lernenden ihre Berufsausbildung mit grosser Anpassungsfähigkeit und Resilienz zu Ende bringen. Ein Umstand, der die schulischen, psychosozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewisser Lernender verstärken und zu einem erhöhten Risiko von Schulabbrüchen führen konnte.

Die SP-Delegationen in den Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur WBK haben verschiedene Akteure des Berufsbildungsbereichs eingeladen, um über die Problemstellungen im Bereich der Berufsbildung, die Erwartungen an die Politik und die langfristig zu ergreifenden Massnahmen zu diskutieren.

*Präsident: Mustafa Atici
Politische Fachsekretärin: Anna Nuzzo*

FACHKOMMISSION FÜR MIGRATION UND INTEGRATION

Die erste Sitzung der Fachkommission im Berichtsjahr 2020 war in der Frühlingssession am 3. März geplant, musste allerdings aufgrund des Verbandsverbots im Bundeshaus wegen der aufkommenden Corona-Pandemie verschoben werden. Dieses Treffen wurde dann am Rande der Sommersession am 2. Juni nachgeholt. Dort liessen wir uns vom neuen Vize-Direktor des Staatssekretariates für Migration (SEM), Claudio Martelli, über die ersten Erkenntnisse zum neuen Asylverfahren in den Bundesasylzentren insbesondere im Bereich der Gesundheitsabklärungen informieren und setzten uns gemeinsam mit der Asylrechtsspezialistin von Amnesty International Schweiz, Alicia Giraudel, in einer kontroversen Diskussion mit notwendigen Verbesserungsmöglichkeiten auseinander.

Bereits eine Woche zuvor, am 26. Mai 2020, fand eine sehr gut besuchte ausserordentliche, digitale Fachkommissionssitzung statt. Wir führten dort einen offenen Austausch über die Bedürfnisse und Schwierigkeiten der Migrant:innen in der Schweiz aufgrund der Corona-Pandemie durch und identifizierten entsprechende politische Handlungsmöglichkeiten.

Die nächste ordentliche Sitzung der Fachkommission fand am 18. November 2020 statt. Wir diskutierten dort über die Situation der abgewiesenen Asylsuchenden aus dem Tibet in der Schweiz. Nach Inputreferaten des damaligen SEM-Staatssekretärs Mario Gattiker, von Tenzin Wangmo, Co-Sektionsleiterin Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft Suisse romande und Walter Leimgruber, Präsident Eidgenössische Migrationskommission (EKM) fand eine kontroverse und lebhaft Diskussions statt, an welchen auch viele Schweizer Exiltibeter:innen sowie die beiden SP-Regierungsräte Urs Hofmann (AG) und Fredy Fässler (SG) teilnahmen. Es handelte sich dabei um die bestbesuchteste Fachkommissionssitzung seit vielen Jahren.

Da der bisherige Co-Präsident der Fachkommission, Cédric Wermuth, am Parteitag der SP Schweiz vom 19. Oktober 2020 in Basel zum neuen Co-Präsidenten der SP Schweiz gewählt wurde, gab er das Co-Präsidium dieser Fachkommission ab und wurde per Beschluss der digitalen Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 13. Februar 2021 von Nationalrätin Samira Marti (BL) abgelöst, die gleichzeitig auch Leiterin der Delegation der SP-Mitglieder der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates ist.

Die erste Sitzung unter dem neuen Co-Präsidium fand am 11. Mai 2021 statt und widmete sich dem Einbürgerungsrecht. Nach einem Inputreferat der Einbürgerungsspezialistin Barbara von Rütte diskutieren wir Verbesserungsmöglichkeiten und deren mögliche politische Umsetzung.

Die letzte Sitzung dieser Fachkommission im Berichtsjahr 2021 fand am Rande der Wintersession am 15. Dezember statt. Auch dort widmeten wir uns wieder dem Thema der Einbürgerungspolitik. Wir liessen uns dort die geplante Volksinitiative der Aktion Vierviertel von den beiden Co-Präsident:innen dieser Aktion, den beiden Genoss:innen Arber Bullakaj (SG) und Fanny de Weck (ZH), vorstellen.

*Co-Präsident:innen: Cédric Wermuth (bis 13.2.2021) resp. Samira Marti (ab 13.2.2021) und Mustafa Atici
Politischer Fachsekretäre: Peter Hug (bis 31.8.2021) und Claudio Marti, claudio.marti@spschweiz.ch*

FACHKOMMISSION FÜR NETZ- UND DATENPOLITIK

Diese Fachkommission wurde mit Beschluss der Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 30. November 2019 in Bern neu gegründet, um die Kompetenz und Sichtbarkeit der SP Schweiz in der Netz- und Datenpolitik zu steigern. Ins Co-Präsidium wurden Min Li Marti, Mitglied der Rechtskommission des Nationalrats, und Andreas Burger, Mitglied der Geschäftsleitung der SP Schweiz, gewählt.

An ihrer ersten konstituierenden Sitzung im Berichtsjahr 2020 am 11. März diskutierte die Fachkommission unter zahlreicher Beteiligung von Genoss:innen aus allen Landesteilen ihre geplante Arbeitsweise und filterte gestützt auf das Legislaturziele der SP-Bundeshausfraktion erste zu bearbeitende Themenbereiche heraus.

Die nächste Sitzung fand am 3. Juni 2020 statt und stand ganz im Zeichen der bevorstehenden Volksabstimmung zum E-ID-Gesetz. Wir liessen uns dabei von Erik Schönenberger von der Digitalen Gesellschaft über den Inhalt der Vorlage und Daniel Graf von Public Beta über die geplante Referendumskampagne informieren. Zudem präsentierte uns der ehemalige SP-Stadtpräsident von Zug, Dolfi Müller, die von der Stadt Zug entwickelte staatliche elektronische Identifizierung. Weiter liessen sich die Anwesenden auch über die sich damals in der Umsetzung befindliche Swiss Covid App informieren.

An ihrer nächsten digitalen Sitzung vom 9. Dezember 2020 befasste sich die Fachkommission einerseits mit der Diskussion über mögliche Elemente einer öffentlichen digitalen Infrastruktur und beschloss andererseits, das Positionspapier Internetpolitik der SP Schweiz aus dem Jahre 2015 anhand einzelner noch zu bestimmender Themenkapitel zu aktualisieren.

An der letzten Sitzung im Berichtszeitraum vom 15. September 2021 entschied die Fachkommission über die ersten zu erarbeitenden Kapitel für ein Positionspapier zur Aktualisierung des Positionspapiers zur Internetpolitik und liess sich über laufende digitalisierungspolitische Geschäfte im Bundesparlament informieren.

*Co-Präsident:innen: Min Li Marti und Andreas Burger
Politischer Fachsekretär: Claudio Marti, claudio.marti@spschweiz.ch*

FACHKOMMISSION FÜR STAAT UND RECHT

Die Fachkommission hat ihren regelmässigen Sitzungsturnus aufgrund geringer Teilnahme seitens der Mitglieder und Interessierten vorläufig eingestellt. Das Präsidium ist derzeit vakant, das Gefäss bleibt aber bestehen und bietet Interessierten die Möglichkeit, gezielt einzelne Themen aus dem Zuständigkeitsbereich der Kommission zu traktandieren.

Präsidium: vakant

Politischer Fachsekretär: Claudio Marti, claudio.marti@spschweiz.ch

FACHKOMMISSION FÜR SEXUELLE ORIENTIERUNG UND GESCHLECHTSIDENTITÄT

Die erste geplante Sitzung der Fachkommission im Berichtsjahr 2020 vom 4. März mit dem Schwerpunktthema Intergeschlechtlichkeit musste aufgrund des kurzfristig beschlossenen Besucher:innenverbots im Bundeshaus leider aufgrund der zunehmenden Corona-Pandemie kurzfristig abgesagt werden.

Hingegen nahm die digitale Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 27. Juni 2020 eine vom Co-Präsidium unserer Fachkommission ausgearbeitete Resolution für die Schaffung eines eigenständigen Organs der SP Schweiz für die Anliegen von queeren Menschen als Ersatz für die Fachkommission und Aufwertung dieses Themenbereichs sehr deutlich an.

An der nächsten Sitzung der Fachkommission vom 11. November 2020 fand deshalb eine erste Auslegeordnung zum weiteren Vorgehen, der Struktur, der Zusammensetzung und der wichtigsten Ziele und Aktivitäten dieses neu zu gründenden Organs statt.

Am ausserordentlichen Parteitag der SP Schweiz vom 28. August 2021 wurde sodann im Rahmen der umfassenden Strukturreform die Gründung des neuen Organs «SP queer» per Anfang 2022 auch einhellig beschlossen.

Daraufhin traf sich die Fachkommission ein letztes Mal am 9. Dezember 2021 unter reger Beteiligung. Dabei standen die Information und die Diskussion über die Planung der Gründung und der Aktivitäten der SP queer im Vordergrund. Daneben wurden auch die queerpolitischen Aktualitäten diskutiert. Dabei stand natürlich die sehr erfreuliche deutliche Annahme der Ehe für alle Vorlage in der Volksabstimmung vom 27. September 2021 im Zentrum.

*Co-Präsident:innen: Angelo Barrile und Muriel Waeger
Politischer Fachsekretär: Claudio Marti, claudio.marti@spschweiz.ch*

FACHKOMMISSION WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Die vierteljährlichen Treffen der wirtschafts- und finanzpolitischen Fachkommission bringen in Normalzeiten regelmässig ExpertInnen aus der Privatwirtschaft, der Verwaltung wie auch der Wissenschaft mit den Wirtschafts- und Finanzpolitiker:innen der Partei und Fraktion zusammen. Durch die Corona-Pandemie wurde während den Berichtsjahren der gewohnte Sitzungsrhythmus unterbrochen. Im Dezember 2018 schied zudem die Präsidentin der Kommission, Susanne Leutenegger Oberholzer, aus dem Parlament aus. Sie behielt das Präsidium, musste aber krankheitshalber eine Pause einlegen. Nach der Corona-Pandemie tagte dann die Fachkommission am Mittwoch, 2. März 2022, erneut im Bundeshaus, zum Thema: Staatsfonds aus den Mitteln der SNB? Pro und Contra. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) sitzt auf einem Vermögen von rund 1000 Milliarden Franken. Könnte die Schweiz dieses Geld nicht effektiver nutzen – beispielsweise mit einem Staatsfonds? Die Ökonomen des «SNB Observatory» (unter ihren Gründern Yvan Lengwiler) haben eine Diskussion über einen Staatsfonds angestossen (<https://snb-observatory.ch/>): Ein Staatsfonds könne die Devisenreserven freier verwalten als die SNB. Aber es gibt auch Gegenargumente und auch andere Vorstellungen, wie sich die Gewinne der SNB nutzen liessen. Für das hochrangige Podium wurden folgende Gäste gewonnen: Yvan Lengwiler, Makroökonomie-Professor an der Universität Basel und Mitbegründer des SNB-Observatoriums, Reto Föllmi, Professor für Volkswirtschaftslehre, SIAW-HSG, Universität St. Gallen. Zusammen mit Aymo Brunetti Autor von: Wenn eine geldpolitische Nebensache zur politischen Hauptsache wird: das riesige Vermögen der Schweizerischen Nationalbank - <https://www.econbiz.de/Record/wenn-eine-geldpolitische-nebensache-zur-politischen-hauptsache-wird-das-riesige-verm%C3%B6gen-der-schweizerischen-nationalbank-brunetti-aymo/10012426539>. Dazu Co-Referent Samuel Bendahan, Ökonom, SP-Nationalrat VD und Mitglied der WAK-N sowie Serge Gaillard, bis Ende Februar Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, heute u.a. im Spitalrat des Universitätsspitals Zürich (USZ) und schliesslich Daniel Kaufmann, Professor für Angewandte Makroökonomie, Uni Neuenburg, und Research Fellow, KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich. Die Arbeiten der Fachkommission für Wirtschaft und Finanzen wurden in der Berichtsperiode von alt Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer koordiniert und begleitet.

*Präsidentin: alt NR Susanne Leutenegger Oberholzer
Politischer Fachsekretär: Luciano Ferrari, luciano.ferrari@spschweiz.ch*

FACHKOMMISSION LANDWIRTSCHAFT

Die agrarpolitische Fachkommission besteht aus rund 60 Mitgliedern, wovon sich ein verhältnismässig kleiner, dafür aber umso sachkundigerer Kreis von rund einem Dutzend Expert:innen, sich in der Regel einmal pro Halbjahr in der Session zu einer Sitzung trifft. Die Fachkommission ist für den Positionsbezug von Partei und Fraktion in Landwirtschaftsfragen immer wieder entscheidend. Durch die Corona-Pandemie wurde während den Berichtsjahren der gewohnte Sitzungsrhythmus unterbrochen. Im Herbst 2020 wurde zudem der Präsident der Fachkommission, Beat Jans, in den Basler Regierungsrat gewählt. Nach seinem Ausscheiden aus dem nationalen Parlament musste ein neues Präsidium bestimmt werden. Ab 2021 haben Nationalrätin Martina Munz und Nationalrat Samuel Bendahan den Vorsitz der Fachkommission übernommen. Eine erste Sitzung unter dem neuen Co-Präsidium fand am Montag, 27. September 2021 im Bundeshaus statt. Thema war die Initiative gegen die Massentierhaltung sowie die Frage, ob man ihr einen direkten (oder indirekten) Gegenvorschlag gegenüberstellen sollte. Die Initiative wollte die «Massentierhaltung» verbieten und die Würde der Tiere in der landwirtschaftlichen Tierhaltung in die Verfassung aufnehmen. Der Bundesrat lehnte die Initiative ab und stellte ihr einen direkten Gegenentwurf gegenüber. Dass der Gegenentwurf den Schutz und das Wohlergehen der Tiere explizit in der Verfassung verankern wollte, wurde vom Initiativkomitee begrüsst. Es kritisierte aber, dass mit dem Gegenvorschlag sehr wohl Formen der Intensivhaltung weiterhin zugelassen worden wären. Die Initianten verlangten deshalb einen indirekten Gegenvorschlag. Zentrale Frage war dabei, wie sichergestellt werden könnte, dass höhere Tierwohl-Standards in der Schweiz nicht durch Importe einfach umgangen würden und damit die Produktion ins Ausland verlagert würde, was am Ende einen negativen Effekt auf das aggregierte Tierwohl gehabt hätte. Für Inputreferate nahmen an der Sitzung teil: Philipp Ryf, Co-Kampagnenleiter, Ja zur Initiative gegen Massentierhaltung, Martin Rufer, Direktor des Schweizer Bauernverbands (SBV), Kilian Baumann und Stephan Tschirren, Präsident und Kampagnenleiter Kleinbauern-Vereinigung (VKMB) und Océane Dayer und Eva Wyss, Verantwortliche Politik und Landwirtschaftsexpertin WWF.

*Co-Präsidium: Martina Munz, Samuel Bendahan
Politischer Fachsekretär: Luciano Ferrari, luciano.ferrari@spschweiz.ch*

FACHKOMMISSION FÜR AUSSENPOLITIK

Die Fachkommission (FK) befasste im Berichtszeitraum an sieben Sitzungen mit folgenden Themen:

Am 2. März 2020 befasste sich die FK mit der damals noch nicht publizierten Afrikastrategie des EDA. An der Sitzung wurde die Forderung der SP klar: Eine solche Strategie muss die Stärkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit beinhalten, anstatt primär darauf ausgerichtet zu sein, mit autoritären Regimes «Deals» zur angeblichen Bekämpfung von Migration und Terrorismus einzugehen.

An der Sitzung der FK vom 2. Juni 2020 wurde darüber diskutiert, wie die Schweiz ihre Verantwortung zum Wiederaufbau des europäischen Binnenmarktes und dessen Gestaltung nach der Covid-19-Krise wahrnehmen kann. Ein solcher Wiederaufbau steht im Eigeninteresse der Schweiz, wenn dieser mit der Forderung nach einer nachhaltigen Mitgestaltung des EU-Binnenmarktes verknüpft wird.

An der FK vom 7. September 2020 wurde darüber diskutiert, welche Massnahmen es braucht, um sicherzustellen, dass die Schweiz Potentatengelder rechtzeitig sperrt und an die bestohlenen Bevölkerungen zurückbezahlt. Es wurde klar, dass es einer Änderung des Potentatengeldgesetzes bedarf, welche die Sperrung und Rückerstattung von Potentatengeldern an die bestohlene Bevölkerung klärt und erleichtert.

Am 30. November wurde in der FK über ein umfassendes Aussenwirtschaftsgesetz diskutiert. Die Mitglieder der FK waren sich einig, dass sich die SP für die Erarbeitung eines solches Aussenwirtschaftsgesetzes einsetzen soll. Dies wurde danach auch gemacht: Momentan ist eine entsprechende Parlamentarische Initiative von Fabian Molina in der APK-N hängig, die materielle und prozessuale Grundlagen für zukünftige Handelsverträge der Schweiz fordert.

Am 1. März 2021 diskutierte die FK darüber, welche UNO-Reformversuche bereits lanciert wurden und wie sich die Schweiz während ihrer Einsitznahme im UNO-Sicherheitsrat am besten einbringen kann. Die Mitglieder der FK waren sich einig, dass die Schweiz während ihrer Zeit im UNO-Sicherheitsrat eine aktive Rolle spielen und die bisherigen Reformbestrebungen intensivieren sollte.

Am 31. Mai 2021 wurde spontan eine FK zum Abbruch der Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen Schweiz-EU organisiert. Die Konklusion war, dass bei den nächsten Verhandlungen über die institutionellen Fragen mit der EU die Vertreter:innen der verschiedenen europapolitischen Haltungen der Partei frühzeitig in Kontakt treten müssen, um mögliche Differenzen zeitnah zu beseitigen.

An der Sitzung vom 13. September 2021 diskutierte die FK über die China-Politik der Schweiz und die entsprechenden Forderungen der SP. Die SP wird sich bei der Neuverhandlung des Freihandelsabkommens mit China dafür einsetzen, dass darin ein Kapitel zur Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten aufgenommen wird.

*Präsident der Fachkommission für Aussenpolitik: Fabian Molina
Zuständiger Politischer Fachsekretär: Severin Meier*

FACHKOMMISSION FÜR FRIEDEN UND SICHERHEIT

Die Fachkommission (FK) befasste im Berichtszeitraum an sechs Sitzungen mit folgenden Themen:

An der Fachkommission (FK) vom 9. Juni 2020 standen die Erfahrungen der Schweiz bei der Mitwirkung der Sicherung der EU-Aussengrenze zur Diskussion. Es zeigte sich, dass die SP zwar grundsätzlich ganz klar Ja zu einer europäischen Lösung der Migrationsthematik sagt, jedoch kritisch ist, was die repressive Umsetzung dieser Politik in der Schweiz betrifft. Aus dieser Diskussion an der FK resultierte schlussendlich unsere kritische Haltung bei der Frontex-Vorlage.

Am 22. September 2020 wurde an der FK über die Rolle des Zivildienstes in der Corona-Krise diskutiert. Die wichtige Rolle des Zivildienstes wurde dabei hervorgehoben, dessen Angehörige in der ersten Corona-Welle mehr Dienstage leisteten als die Angehörigen des Zivilschutzes oder der Armee. Für die SP ist gerade angesichts der zentralen Rolle des Zivildienstes in Krisenzeiten klar, dass Angriffe auf den Zivildienst abgewehrt werden müssen und dieser nicht mit dem Zivilschutz zusammengelegt werden soll. Dafür setzt sich auch Priska Seiler Graf in ihrer Funktion als Co-Präsidentin von CIVIVA ein.

Am 9. März 2021 diskutierte die FK über die Volksinitiative für einen obligatorischen Bürger:innenendienst (service citoyen). Die Mitglieder der FK standen der Initiative aus folgenden Gründen grösstenteils kritisch gegenüber: Obwohl sie auf den ersten Blick ein sympathisches Anliegen verfolgt, ist die Initiative vage formuliert und würde von einem bürgerlichen Parlament deshalb unzufriedenstellend umgesetzt werden. Zudem überträgt sie Frauen mehr Pflichten, ohne ihre Rechte den Männern anzugleichen und zementiert schliesslich das Prinzip eines unnötigen Massenheeres.

Das Thema der FK vom 15. Juni 2021 war das Beschaffungswesen des VBS. Die Konklusion für die SP daraus ist, dass das VBS bei der Vergabe von Aufträgen transparenter vorgehen muss und dass die Kontrollfunktion des Parlaments bei Rüstungsbeschaffungsgeschäften nicht geschwächt werden darf.

An der FK vom 28. September 2021 wurde die zivile und militärische Friedensförderung der Schweiz diskutiert. Während die zivile Friedensförderung im EDA in den letzten 30 Jahren einen höheren Stellenwert erreichte, bleibt auf Stufe Bund der Eindruck einer «Friedensboutique» bestehen. Obwohl sich das VBS das Ziel von 500 Angehörigen der Armee in militärischen Friedenseinsätzen im Ausland vornahm, wird dies weiterhin nicht erreicht. Der Willen des VBS, dieses Ziel zu erreichen, scheint nicht vorhanden zu sein.

Am 30. November 2021 diskutierten die Mitglieder der FK darüber, welche Massnahmen es gegen Racial Profiling auf Bundesebene braucht. Daraus resultierte die Motion 21.4462, welche eine unabhängige Schlichtungsstelle für Racial Profiling beim Grenzwachtkorps, bei der Bundes- und bei der Transportpolizei fordert.

*Präsidentin der Fachkommission für Frieden und Sicherheit: Priska Seiler Graf
Zuständiger Fachsekretär: Severin Meier*

AG WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE

Die AG Wirtschaftsdemokratie wurde vom Parteipräsidium im November 2013 mit dem Ziel ins Leben gerufen, das Thema Wirtschaftsdemokratie, das im Parteiprogramm der SP Schweiz von 2010 eine äusserst prominente Stellung einnimmt, mit einer längerfristigen Perspektive zu bearbeiten. Politische Forderungen, das Aufzeigen konkreter Handlungsmöglichkeiten auf den verschiedenen politischen Ebenen sowie die Förderung von Wissen und Debatten zu Wirtschaftsdemokratie gehören zu den Zielen der Arbeitsgruppe. In der Arbeitsgruppe wirkten und wirken verschiedenste Personen mit: von der Nationalrätin über das interessierte SP-Basismitglied bis zum Vertreter der JUSO. Die Zusammensetzung der AG hat sich über die Jahre, auch in Abhängigkeit von den jeweils anstehenden Arbeiten und Projekten, verändert.

Am Parteitag im Dezember 2016 in Thun wurde das Positionspapier „Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen“ diskutiert und verabschiedet. Das Papier wurde im Rahmen der AG Wirtschaftsdemokratie erarbeitet und basierte auf verschiedenen Vorarbeiten der AG in den Jahren 2014 und 2015 (Recherchen, Tagungen usw.). Rund um den Parteitag resp. das Positionspapier wurde das Thema Wirtschaftsdemokratie in einer breiteren (Medien-) Öffentlichkeit ebenso wie parteiintern diskutiert, oft auch kontrovers. Mitglieder der Arbeitsgruppe waren zudem an der Ausarbeitung und Umsetzung diverser „Begleitmassnahmen“ beteiligt. Zu nennen sind die illustrierte Broschüre „Mehr Demokratie: Eine Wirtschaft für alle statt für wenige schaffen“ sowie die Broschüre „Commons“, die Website www.wirtschaftsdemokratie.ch oder ein kurzer Film, der am Parteitag gezeigt wurde. Hervorzuheben gilt es weiter das Bildungsmodul Wirtschaftsdemokratie, das seit Ende 2016 zur Verfügung steht und seither durch Sektionen oder Kantonalparteien rege gebucht wurde (die französische Fassung liegt seit Sommer 2017 vor).

Als Teil des Positionspapiers wurde am Parteitag auch die Forderung nach einem Aktionsplan zur Umsetzung verabschiedet. Dieser Aktionsplan wurde in der Arbeitsgruppe erstellt und nach der Verabschiedung durch die Geschäftsleitung an der Delegiertenversammlung vom Oktober 2017 in Olten präsentiert. Der Aktionsplan umfasst die drei Schwerpunkte „Soziales Unternehmertum und Genossenschaftswesen“, „Mitbestimmung“ sowie „Service public und Commons“. Pro Schwerpunkt sind jeweils drei Aktionen mit Massnahmen aufgeführt. Bereits 2017 begann die AG Wirtschaftsdemokratie mit der Organisation einer gemeinsamen Fachtagung von SP und Gewerkschaften zum Thema „Mitbestimmung im Unternehmen“, die im Februar 2019 in Bern stattfand.

Nach den Wahlen hat sich die AG Wirtschaftsdemokratie im November zu einem eintägigen, internen Workshop getroffen, wo sie sich auf einen neuen Zeitplan zur Umsetzung der drei Schwerpunkte verständigt sowie inhaltliche Ergänzungen – insb. zum Thema der „Social Economy“ – vorgenommen hat. Die AG Wirtschaftsdemokratie hat sich zum Ziel gesetzt, Bausteine für eine Transformation der Wirtschaft hin zu einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Ökonomie zu liefern. Ausgehend vom Aktionsplan hat sie in der Frühjahrsession 2020 ein Vorstosspaket lanciert mit Forderungen aus dem Strategiepapier, diese wurden am 8. März medial verbreitet und auf der eigenen sowie auf der SP-Homepage beworben. Die Vorstösse bewegen sich entlang der Struktur des Aktionsplans. Diese sind „Mitbestimmung“ (Barbara Gysi), „soziales Unternehmertum“ (Eric Nussbaumer) und „Service Public“ (Fabian Molina). Angesichts der Corona-Pandemie hat die AG Wirtschaftsdemokratie mehrere kurze

themenspezifische Beiträge veröffentlicht und auf der Homepage veröffentlicht. Zugleich wurde beschlossen, die Arbeiten der AG im Rahmen eines halbjährlich erscheinenden Newsletters den interessierten Mitgliedern der Partei in kompakter Form zugänglich zu machen und zu bewerben. Zu einem ausgewählten Schwerpunktthema werden zwei Mal pro Jahr wirtschaftsdemokratische Kerninhalte vermittelt in Form von eigenen Beiträgen, Rezensionen, Videos und Link. Im Oktober 2021 ist der erste Newsletter zum Thema „digitaler Kapitalismus“ erschienen, der eine breite Resonanz erzielen und neue Mitglieder für das Thema gewinnen konnte. Der Newsletter erzielte eine Open-Rate von knapp 50%. Im Frühjahr 2022 erscheint die zweite Ausgabe des Newsletters zum Thema „Digitalisierung und Arbeit“. Als nächstes Schwerpunktthema wurde „Care“ bzw. „Care-Ökonomie“ festgelegt, wobei eine erste Ausgabe für den Herbst 2022 geplant ist.

Am 25. Oktober 2021 hat die AG Wirtschaftsdemokratie zudem in Kooperation mit dem Denknetz eine eigene Veranstaltung zum Thema „Precarity Capitalism“ im Kosmos in Zürich durchgeführt. Vor ca. 70 Zuhörer:innen debattierten Nationalrat Fabian Molina, Mirjam Aggeler von Economiefeministe und Sandro Liniger zusammen mit der Autorin Prof. Albena Azmanova über das Buch „Precarity Capitalism“. Nachsehen lässt sich die Veranstaltung auf der [Denknetz-Homepage](#).

Die AG Wirtschaftsdemokratie hat sich 2018 zu vier, 2019 zu fünf Sitzungen und 2020 und 2021 jeweils online zu drei Sitzungen getroffen. Hinzu kamen diverse Treffen von Subgruppen, die an einzelnen Themen und Projekten arbeiteten.

*Präsident:in : Barbara Gysi, Fabian Molina
Politischer Fachsekretär : Sandro Liniger*

PARTEIINTERNE BILDUNG

Die Corona-Pandemie hatte auch erhebliche Auswirkungen auf die parteiinterne Bildung. So musste beispielsweise die seit 2014 bestehende Sommeruni in beiden Berichtsjahren abgesagt werden. Dieser Unterbruch wurde allerdings für eine Neuausrichtung genutzt.

Die rasante Verbreitung von Software für Videokonferenzen wurde bereits kurz nach Beginn der Pandemie zur Durchführung von Webinaren genutzt. Themen dieser Webinare waren beispielsweise, wie das Parteileben während der Pandemie am Leben gehalten werden kann, wie eine Sektionskasse zu führen oder wie dem Klimawandel zu begegnen ist.

Im Herbst 2020 fand die erste Kommunaltagung der SP Schweiz in Belp statt. Die Kommunaltagung richtet sich an SP-Mitgliedern in Gemeindeexekutiven ohne Parlament (Versammlungsgemeinden). Ziel ist eine stärkere Vernetzung und der Austausch von Know-how zwischen diesen Personen. Auch im Herbst 2021 konnte die Tagung physisch durchgeführt werden. Es nahmen jeweils zwischen 60 und 80 Personen aus der ganzen Schweiz teil.

Für die Mitglieder kantonaler und kommunaler Parlamente wurde eine Sammlung von möglichen Vorstössen zu unterschiedlichen Themen aufgebaut. Eine erste Version ist für die französischsprachige Schweiz zugänglich. Bevor auch die deutschsprachige Version online geht, werden diverse Funktionen in Bezug auf Durchsuchbarkeit und Beschlagwortung hinzugefügt.

Anfang 2021 wurde mit dem Sektionshandbuch „Wahlkampf“ das bisher umfangreichste Handbuch dieser Reihe veröffentlicht. Weitere Sektionshandbücher wurden in den beiden Berichtsjahren überarbeitet.

Im Frühjahr 2021 fand eine eintägige Funktionär:innenschulung statt. Coronabedingt musste diese online durchgeführt werden. Zielgruppe waren ausdrücklich die „Profis“, das heisst die bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kantonalparteien. Knapp 35 Personen aus der Romandie und der Deutschschweiz nahmen daran teil. Im Zentrum standen neben handwerklichen Aspekten auch der Austausch mit dem Präsidium.

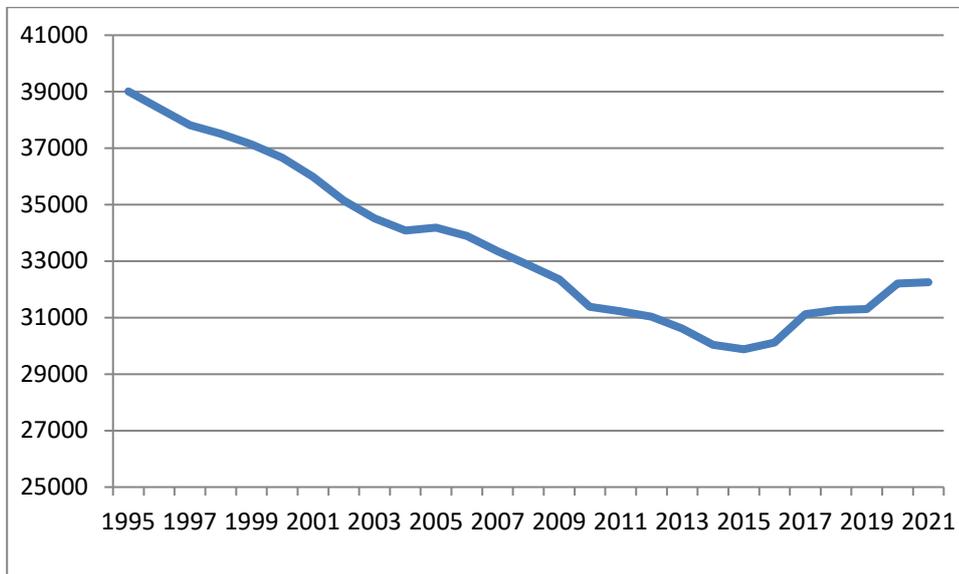
Im Jahr 2021 wurde den Sektionen und Kantonalparteien verschiedene Bildungsmodule angeboten. Dazu gehörte ein Bildungsmodul zu 50 Jahre Frauenstimmrecht und eines zum Stempelsteuer-Referendum.

Intensiviert wurden auch die Zusammenarbeit und der Austausch mit dem gewerkschaftlichen Bildungsinstitut Movendo und der parteinahen Anny-Klaw-Morf-Stiftung. Ziel ist es, dass deren Bildungsangebot unseren Mitgliedern besser bekannt sind und Überschneidungen vermieden werden.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Kantonal- und Stadtparteien trafen sich in den Berichtsjahren an sieben Koordinationskonferenzen (KoKo). Diese dienten der Vernetzung zwischen SP Schweiz und Kantonalparteien sowie der Koordination der Aktivitäten im Rahmen von Abstimmungs- und Wahlkampagnen. Pandemiebedingt fanden diese mit zwei Ausnahmen digital statt. Im August 2021 fand die letzte KoKo überhaupt statt. Seither existiert dieses Gefäss in Folge der Statutenrevision nicht mehr.

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Nachdem die SP während 20 Jahren konstant Mitglieder verloren hat, konnte dieser Trend ab 2015 nachhaltig gebrochen werden. Seither konnte die SP in jedem Jahr zumindest ein kleines Wachstum verzeichnen.



Verglichen mit dem Jahr 2015 konnten beinahe alle Kantonalparteien ein Mitgliederwachstum verzeichnen.

Mitgliederbestände

Kanton / Canton	2015	2016	2017	2018	2019	+/- in %	2020	+/- in %	2021	+/- in %	2022	+/- in % 2015 - 2022
Bern	6372	6281	6376	6358	6257	-1,59%	6229	-0,45%	6317	1,41%	6336	-0,56%
Zürich	4854	4948	5108	5289	5370	1,53%	5465	1,77%	5691	4,14%	5891	21,36%
Aargau	2148	2153	2225	2303	2296	-0,30%	2304	0,35%	2349	1,95%	2362	9,96%
Vaud	1965	2025	2179	2026	1996	-1,48%	1994	-0,10%	1991	-0,15%	2008	2,19%
Solothurn	1927	1881	1892	1873	1826	-2,51%	1810	-0,88%	1837	1,49%	1840	-4,51%
St. Gallen	1411	1414	1456	1454	1485	2,13%	1460	-1,68%	1535	5,14%	1492	5,74%
Basel Land	1205	1216	1270	1271	1307	2,83%	1320	0,99%	1342	1,67%	1333	10,62%
Luzern	787	923	1006	1081	1116	3,24%	1185	6,18%	1252	5,65%	1292	64,17%
Tessin	1170	1164	1127	1104	1111	0,63%	1099	-1,08%	1078	-1,91%	1071	-8,46%
Basel Stadt	753	806	865	899	921	2,45%	953	3,47%	1026	7,66%	1036	37,58%
Fribourg	864	897	929	906	937	3,42%	881	-5,98%	901	2,27%	980	13,43%
Genève	934	946	993	1036	1080	4,25%	1055	-2,31%	1068	1,23%	967	3,53%
Neuchâtel	888	854	891	884	852	-3,62%	852	0,00%	853	0,12%	809	-8,90%
Graubünden	618	629	637	661	663	0,30%	705	6,33%	690	-2,13%	713	15,37%
Thurgau	687	655	672	664	672	1,20%	690	2,68%	696	0,87%	713	3,78%
Valais romand	589	596	629	701	651	-7,13%	640	-1,69%	686	7,19%	670	13,75%
Schwyz	448	449	464	478	481	0,63%	477	-0,83%	504	5,66%	494	10,27%
Schaffhausen	501	493	496	504	490	-2,78%	482	-1,63%	489	1,45%	492	-1,80%
Jura	485	480	486	469	474	1,07%	477	0,63%	487	2,10%	313	-35,46%
Zug	215	225	233	235	239	1,70%	247	3,35%	264	6,88%	263	22,33%
Appenzell AR	206	215	224	219	220	0,46%	224	1,82%	225	0,45%	220	6,80%
Oberwallis	184	187	169	177	185	4,52%	185	0,00%	183	-1,08%	196	6,52%
Uri	183	189	186	184	188	2,17%	199	5,85%	197	-1,01%	196	7,10%
Glarus	165	161	160	160	162	1,25%	175	8,02%	175	0,00%	175	6,06%
SP International	85	108	118	129	119	-7,75%	117	-1,68%	148	26,50%	157	84,71%
Obwalden	131	130	123	115	117	1,74%	119	1,71%	128	7,56%	136	3,82%
Nidwalden	43	42	43	36	37	2,78%	41	10,81%	44	7,32%	50	16,28%
SP Schweiz	42	40	38	38	40	5,26%	35	-12,50%	35	0,00%	36	-14,29%
Appenzell IR	20	15	16	16	15	-6,25%	15	0,00%	16	6,67%	15	-25,00%
Schweiz / Suisse	29880	30122	31011	31270	31307	0,12%	31435	0,41%	32207	2,46%	32256	7,95%

Massnahmen Mitgliederentwicklung

Die SP Schweiz unterstützte in den Berichtsjahren die Sektionen und Kantonalparteien mit verschiedenen Massnahmen bei der Mitgliederentwicklung. Dazu gehörten neue Printprodukte für die Mitgliedergewinnung oder die Produktion von Urkunden für Jubilar:innen. Diese können von den Kantonalparteien und Sektionen kostenlos bestellt werden. Neumitglieder erhalten zudem neu bei der Begrüssung ein Leporello, das die wichtigsten Informationen kurz und knapp zusammenfasst.

Die SP Schweiz setzte auch eigene Mitgliedergewinnungsaktionen um. Dazu gehörte beispielsweise gemeinsam mit der JUSO die Förderung von Doppelmitgliedschaften oder der Versand von Beitrittsflyern an aktive Personen, die noch nicht Mitglied sind.

Die Mitgliederbetreuer:innen in den Kantonen und Sektionen erhalten jeden Monat eine detaillierte Mitgliederstatistik. Damit verbunden sind jeweils Best-Practice-Beispiele und weitere nützliche Hinweise. So wurden diese Personen beispielsweise auch 2020 zu einem Workshop zur Mitgliederentwicklung eingeladen oder über die Ergebnisse einer 2021 durchgeführten Neumitgliederbefragung orientiert. Wichtig ist, dass die Sektionen und Kantonalparteien diese Personen korrekt erfassen. Vielerorts ist dies aktuell noch nicht der Fall.

Wichtiges Hindernis für einen Beitritt ist die Ungewissheit über die Höhe der geschuldeten Mitgliederbeiträge. Da bei der SP vielerorts die Sektionen dafür verantwortlich sind, die Mitgliederbeiträge festzulegen ist dieses Problem bei uns besonders akut. Im Herbst 2021 wurde deshalb von der Koordinationskonferenz eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, zu Handen des Parteirats Vorschläge zur Behebung dieses Problems vorzulegen.

Auf Vorschlag des Präsidiums finden seit Winter 2020 pro Session der Bundesparlamente drei Online-Treffen zwischen Neumitgliedern sowie Mitgliedern des Präsidiums und Bundesparlamentarier:innen statt. Dieser Austausch wird von den Teilnehmenden sehr geschätzt.

Simon Roth, Projektleiter Mitgliederentwicklung SP Schweiz